(A)

3. Sitzung

2. Sitzungsabschnitt

Düsseldorf, Mittwoch, 28. Juli 1954

Mitteilungen des Präsidenten 17 C

(B) Zur Geschäftsordnung
Brockmann (Z) 17 C

Aussprache über die **Regierungserklärung** 17 C
Steinhoff (SPD) 17 D
Johnen (CDU) 28 C
Brockmann (Z) 34 A
Schneider (Wuppertal) (FDP) 37 A
Steuer (FDP) 42 C

Antrag der Fraktionen der CDU und FDP und der Abgeordneten des Zentrums:
Übernahme und Ergänzung der bisher geltenden Geschäftsordnung — Drucksache Nr. 1 44 A
Dobbert (SPD) 44 A, 44 D
Brockmann (Z) 46 A
Johnen (CDU) 46 C

Bildung des **Hauptausschusses** 47 C

Bildung des **Ältestenrats** 48 A

Bildung einer vorläufigen Parlamentarischen **Grubensicherheitskommission** 48 C
Peterburs (Z) 48 C

Nächste Sitzung 48 A

Beginn: 9.42 Uh. (C)

Präsident Gockeln: Ich eröffne die zur Fortsetzung unserer Tagesordnung für heute vorgesehenen Verhandlungen.

Entschuldigt fehlen heute die Abg. Dr. Seelbach, Dr. Otto Schmidt, Frau Nettebeck und Herr Dr. Menzel.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt:

Aussprache über die Regierungserklärung.

Als erster wird zu der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Arnold Herr Steinhoff das Wort nehmen. Ich bitte ihn, zu beginnen.

(Brockmann (Z): Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung hat zunächst Herr Abg. Brockmann das Wort.

Brockmann (Z): Meine Damen und Herren! Nach den in der interfraktionellen Besprechung getroffenen Vereinbarungen sollte zunächst, wie ich glaube, am heutigen Morgen der sich auf die Änderung der Geschäftsordnung beziehende Tagesordnungspunkt beraten werden. Ich bitte darum, daß so verfahren wird.

Präsident Gockeln: Sicherlich hatten wir das in der interfraktionellen Besprechung so vereinbart. Aber, Herr Kollege Brockmann, als wir begannen, stand es um die Anwesenheit im Hause so, daß ich bei einer Abstimmung wahrscheinlich die Beschlußunfähigkeit des Landtags hätte feststellen müssen. Deshalb waren die Fraktionen der Meinung, es sollte erst die Regierungserklärung zur Aussprache gestellt werden, weil da keine Schwierigkeiten bestehen würden. (D)

(Brockmann (Z): Das war mir natürlich nicht bekannt!)

— Es bleibt jetzt also dabei, daß wir mit der Aussprache über die Regierungserklärung beginnen.

Zunächst hat Herr Abg. Steinhoff das Wort.

Steinhoff (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wortmeldung des Herrn Kollegen Brockmann könnte so ausgelegt werden, als sei die Koalition noch nicht fix und fertig.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es würde mir sehr leid tun, wenn ich nunmehr durch die Verzögerung, die sich im Hinblick auf die geschäftsordnungsmäßige Klärung der Frage ergibt, ob das Zentrum Fraktion bleiben wird, unter Umständen einen Rücktritt der Regierung veranlaßte.

(Erneute Heiterkeit bei der SPD und Zurufe — Brockmann (Z): Sie scheinen Hoffnungen zu haben!)

— Wer weiß! Man soll die Hoffnung nie aufgeben, Herr Kollege Brockmann!

(Große Heiterkeit bei der SPD)

Gerade darin sind Sie und Ihre Partei ein Musterbeispiel.

(Stürmischer Beifall bei der SPD)

Wie oft sind Sie schon totgesagt worden! Wie oft wurde schon gesagt, daß Sie nicht wiederkommen würden! Und jetzt sind Sie doch wieder da! Zwar mit nur 26 Stimmen über das notwendige Maß hinaus — ein Novum, zu-

(A) rückzuführen auf das sonderbare Wahlgesetz, auf das ich nachher im Zusammenhang mit anderen Fragen zurückkommen werde —, aber Sie sind wieder da!

(Beifall und Zuruf vom Zentrum)

— Herr Kollege Dr. Lünenborg, seien Sie unbesorgt! Wenn ich es machen kann, kommen Sie auch noch an die Reihe!

(Zurufe von der SPD und große Heiterkeit)

Wir haben gestern die dritte Regierungserklärung des jetzt neugewählten Herrn Ministerpräsidenten Arnold entgegengenommen. Der Herr Ministerpräsident war am Schluß seiner Regierungserklärung selber der Meinung, daß es notwendig wäre, Vorwürfe zurückzuweisen, die darauf hinausliefen, er hätte bei der Bildung dieser Regierung das Gesicht verloren.

(Zuruf von der SPD: Das war schon vorher der Fall!)

Ich gehöre nicht zu jenen, die diese Behauptung aufgestellt haben; ich habe aber auch nicht die Absicht, sie zurückzuweisen. Ich möchte vielmehr nur sagen, daß die jetzige Regierungserklärung — verglichen mit den früheren desselben Ministerpräsidenten — sehr farblos gewesen ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Wahlkampf wurde von der CDU unter der Losung geführt: „Mit Arnold für Adenauer!" Richtig ausgelegt wird die Absicht bestanden haben, Herrn Ministerpräsidenten Arnold als Helfer für Herrn Bundeskanzler Adenauer zu benutzen, damit er dessen Politik unter-
(B) stützt, abschirmt oder sichert, wie man das nun nennen mag. Jedenfalls zog die CDU unter dieser Parteiparole in den Wahlkampf und **verlor** seit dem 6. September 1953 **über eine Million Stimmen**! Damit ist eindeutig nachgewiesen, daß es sich von den Wählern, die am 6. September dem Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer noch ihre Zustimmung gegeben haben, in der Zwischenzeit eine Million anders überlegt hat.

(Zuruf von der Mitte: So kann man es auch sagen!)

Der Schluß, den man daraus eigentlich hätte ziehen müssen, wäre gewesen, daß es notwendig sei, eine andere Marschrichtung zu wählen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Immerhin hätte man den Willen der Wähler bei der Vorbereitung der Regierungsbildung respektieren müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mit diesen Worten auf den **Anspruch der SPD, an der Regierung beteiligt zu werden**, hinweise, so tue ich das nicht aus persönlichen Gründen. Niemand von uns drängt sich dazu, Minister zu werden. Aber aus rein sachlichen und politischen Gründen hätte diese Konsequenz gezogen werden müssen. Wir Sozialdemokraten und vielleicht auch die Vertreter der FDP hätten auf Grund der in beiden Fraktionen vorhandenen Einstellung bei der Bildung einer Landesregierung eventuell großzügig Rücksicht auf die Bundespolitik nehmen können. Aber wenn eine Partei, die sich den Föderalismus zum entscheidenden Grundsatz gemacht hat, so verfährt, dann (C) stimmt irgend etwas nicht. Entweder sind die Grundsätze nicht ernst gemeint — und dann sollte man das wegen der Klarheit und Wahrheit draußen auch zu erkennen geben — oder aber es schlägt für diese Partei etwas anderes höher zu Buche als die Grundsätze. Für die Demokratie und ihre Entwicklung wäre ein blankgewaschener Opportunismus in jedem Falle sehr gefährlich; denn die Grundsätze sind schließlich Wegweiser, die für die politischen Entscheidungen des einen oder anderen Menschen und der einen oder anderen Organisation, auch der Parteien, notwendig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt, daß bei seinen Vorbereitungen eben die Rücksicht auf die Außenpolitik des Bundes von entscheidender Bedeutung gewesen sei. Ich habe ja selber im Namen und im Auftrage meiner Partei verschiedene Besprechungen mit dem Herrn Ministerpräsidenten gehabt. Dabei gab der Herr Ministerpräsident zu erkennen, daß er, wenn wir den gemeinsamen Nenner finden würden, bereit sei, eventuell auch mit der SPD eine Regierung zu bilden. Diese Besprechungen sind sehr loyal, sehr sachlich geführt worden, und waren in keinem Falle abhängig gemacht von der Bundespolitik.

Nur in der Besprechung, an der, wie sie aus den Zeitungen erfahren haben, unser Vorsitzender und Freund Erich Ollenhauer teilgenommen hat, haben wir uns mit diesen Fragen der Außenpolitik beschäftigt. Wir haben dem Herrn Ministerpräsidenten dabei die Frage entgegengehalten, warum und wieso eine Landesregierung von entscheidender Bedeutung für die Außenpolitik der Bundesregierung sei. Selbstverständlich wird sich jede Partei, die sich an einer demokratischen Regierung beteiligt, an die verfassungsmäßigen Bestimmungen halten müssen. Wir mußten es aber ablehnen, quasi eine Loyalitätserklärung abzugeben, nach der die SPD, eben weil sie sich an der Landesregierung Nordrhein-Westfalen beteiligen wollte, nunmehr — na, sagen wir — im Hinblick auf ihre außenpolitische Einstellung Kotau machen sollte. Schon das Ansinnen war unsittlich. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Jeder, der sich mit der Politik der Bundesregierung beschäftigt hat, wird doch zugeben müssen, daß die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zur Außenpolitik nicht etwas Hergeholtes, sondern das Ergebnis ernster, reiflicher Überlegungen ist,

(Beifall bei der SPD)

daß sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung für den neuen Staat und in Erinnerung an die zurückliegende Zeit der Nazi-Verbrechen diesen außenpolitischen Weg für notwendig und erforderlich hält.

(Zustimmung bei der SPD)

Von der Zustimmung zu diesem Fragenkomplex, dem Ja oder Nein dazu, hängt es doch nicht ab, ob in irgendeinem Land aus ganz anderen, politisch ebenfalls wichtigen Gründen eine Regierung so oder so aussehen soll.

Aber auch in der Sache sollte man ein solches Beginnen von vornherein ablehnen. Wohin sollte denn der föderativ aufgebaute Bundesstaat kommen, wenn bei jeder Regierungsbildung in jedem Land — der Bundeskanzler braucht ja nicht immer Adenauer zu heißen; es

(A) könnte ja eines Tages auch jemand anders Bundeskanzler sein, vielleicht sogar, was wir sehnlichst erhoffen und wünschen, ein Sozialdemokrat — die Bundespolitik ausschlaggebend wäre.

(Zustimmung bei der SPD)

Das sind Binsenwahrheiten, die man aussprechen muß, um sich verständlich zu machen.

Wir haben dem Herrn Ministerpräsidenten, weil er wünschte, daß wir eine Erklärung zu diesem Fragenkomplex abgeben sollten, einen Brief versprochen. Dieser Brief ist bei den allgemeinen Veröffentlichungen, die zum Teil auf Indiskretion zurückgingen, nicht erwähnt worden. Man unterstellte und kombinierte im luftleeren Raum. Ich will deswegen diesen Brief zur Kenntnis bringen. Er ist nicht abgeschickt worden, weil mittlerweile Ministerpräsident Arnold gar nicht mehr in der Lage war, ernsthafte Verhandlungen mit uns zu führen, weil ihm das — wenn nicht direkt, so doch quasi — verboten worden war.

(Hört, hört! bei der SPD)

So habe ich dem Ministerpräsidenten schreiben wollen:

> Ich nehme Bezug auf die heutige Besprechung betr. Bildung der Regierung in Nordrhein-Westfalen. In dieser Unterredung haben Sie, Herr Ministerpräsident, besonders auf die Zusammenhänge hingewiesen, die zwischen Regierungsbildung und Außenpolitik bestehen. Sie haben vor allem bemerkt, daß durch die Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen eine Störung der Außenpolitik der Bundesregierung nicht eintreten darf.

(B) Wir haben Ihre Argumente überprüft und teilen Ihnen dazu folgendes mit.

> Nach der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen bestimmt der jeweilige Ministerpräsident die Richtlinien der Politik. Soweit es sich also in der Landespolitik überhaupt um Fragen der Außenpolitik handelt, bestimmt schon nach der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen der jeweilige Ministerpräsident die Richtlinien. Soweit hier eine Stellungnahme der Landesregierung im Bundesrat zu diesen Fragen in Betracht kommt, ist die Entscheidung des Kabinetts gemäß Geschäftsordnung der Landesregierung maßgebend und für alle Kabinettsmitglieder bindend. Damit ist auch schon verfassungsrechtlich für Ihr Anliegen jede Gewähr gegeben. Außerdem würde das der Praxis entsprechen, die in anderen Landesregierungen, an denen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beteiligt ist, gehandhabt wird.
>
> Mit dieser Einstellung befinde ich mich in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es steht demzufolge nichts im Wege, wenn Sie in bezug auf die Außenpolitik einen diesbezüglichen Hinweis in Ihrer Regierungserklärung abgäben.

Das letzte war nicht mehr notwendig, weil — wie schon gesagt — die Dinge mittlerweile überholt sind.

Es wäre jetzt natürlich reizvoll und — weil der Herr Ministerpräsident ja auf die Außenpolitik Bezug nahm — durchaus berechtigt, etwas über die derzeitige Außenpolitik zu sagen. Ich könnte aber nichts Neues sagen, (C) weil die Stellungnahme der SPD zu diesem Fragenkomplex — wie ich hoffe — jedem Mitglied dieses Hohen Hauses geläufig ist; wenn nicht, würde eine Nachhilfestunde notwendig sein, damit Sie Ihre Aufgaben auch richtig erfüllen können.

Im übrigen steht nicht ganz fest, ob die Haltung jedes Bundestagsabgeordneten der FDP hundertprozentig mit der Außenpolitik des Bundeskanzlers übereinstimmt.

(Sehr gut! bei der SPD)

Die beabsichtigte Rußlandreise des Herrn Pfleiderer und einige andere Bemerkungen lassen zumindest die Folgerung zu, daß man auch in diesen Kreisen manches in der Außenpolitik als problematisch ansieht.

(Jöstingmeier (CDU): Wie es bei der SPD ist!)

— Und das ist gut so, Herr Jöstingmeier, daß es Leute gibt, die den Mut haben, auch in der Bundespolitik selbst dann noch eine eigene Meinung zu haben, wenn sie Mitglieder einer Regierungsfraktion sind. Wir haben ja schon einmal die Zeiten erlebt, wo alles auf einen Mann zugeschnitten war, ohne daß man — wie auch in diesem Falle — die Gewähr dafür hatte, daß damit in jedem Fall alle notwendigen Gesichtspunkte und Konsequenzen durch den einen Kopf allein genügend geklärt und vorbedacht wurden.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe — wie gesagt — nicht die Absicht, hier große Außenpolitik zu machen. Wenn in der Debatte die Sprache darauf kommen sollte, könnten wir zum Schluß noch darauf eingehen.

Die gestern vorgestellte Regierung hatte eine Reihe (D) von Geburtshelfern: den Bundeskanzler, aber auch den Bundesvorsitzenden der FDP, Herrn Dr. Dehler, denselben Herrn Dr. Dehler, den ich selber in Hagen, wenn auch nur flüchtig, weil ich wieder fortmußte, in einer Versammlung genossen habe; es ist mir dann gesagt worden, daß er wie anderswo so auch in Hagen seine Meinung in seiner temperamentvollen Art zum Ausdruck brachte.

Seine Formulierungen waren fast so beflügelt wie die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten bei der Charakterisierung seines jetzigen Stellvertreters.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ihm passierte zwar nicht dasselbe, was dem früheren Stellvertreter des Ministerpräsidenten und jetzigen Minister für Bundesfragen in Minden passierte.

(Erneute Heiterkeit)

Er war etwas zurückhaltender, in der Art jedoch war es fast dasselbe.

Die Art der Auseinandersetzungen und die Regierungsbildung müssen jedenfalls bei dem politisch Abseitsstehenden ein Ohrenschlackern hervorgerufen haben. Im Wahlkampf wurde mit massiven Angriffen die demokratische Zuverlässigkeit bestimmter Mitglieder und Fraktionen so stark angezweifelt, daß es in der Erregung zu Zusammenstößen kam. Und nach Tisch? Da ist alles vergessen! Das kann doch kein Mensch verstehen! Ich weiß nicht, ob dabei vielleicht Geheimabkommen eine Rolle gespielt haben.

(Zuruf von der SPD: Freie Marktwirtschaft!)

(A) Die meisten von uns kennen sich bereits aus den früheren Landtagen. Man weiß, welche Stellung wir zu den Politikern einnehmen, die Schuld auf sich geladen haben. Wir haben sehr wohl gewußt, warum wir bei der Wahl des Präsidiums **Herrn Steuer** nicht unsere Stimme gegeben haben. Wir haben nicht vergessen, daß Herr Steuer im gereiften Alter treuer Vasall des Herrn Hugenberg war und später als Schriftführer im Reichstag neben Göring saß, während Hitler vorn redete. Es wäre besser gewesen, die FDP-Fraktion hätte einen alten und demokratisch zuverlässigen Kandidaten, beispielsweise wieder Herrn Altenhain, vorgeschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das nicht dramatisieren. Wir kennen Herrn Steuer als einen wendigen Mann und guten Sachkenner. Er hat bei vielen Materien, die wir hier im Hause behandelt haben, seinen Beitrag geleistet. Ich will das nicht persönlich ausgelegt haben, es kann nur politisch sein. Unsere Stellungnahme kann nicht ohne weiteres auf jeden bezogen werden, der in der Vergangenheit ähnliche Wege gegangen ist. Es ist nämlich ein Unterschied dahin zu machen, ob jemand in seiner Jugendzeit den gefährlichen demagogischen Kunstgriffen der Nationalsozialisten erlag oder ob er dies im reiferen Alter tat. Wenn solche damals jungen Menschen sich ehrlich bemühen, aus ihren Fehlern und Erfahrungen zu lernen, und positive Schlußfolgerungen für die Demokratie ziehen, dann sind wir die ersten, die ihnen die Hand reichen.

(Zuruf von der FDP: Seit wann, Herr Steinhoff?)

(B) — Das ist nicht neu, das ist bei uns schon immer so gewesen, es hat sich aber anscheinend noch nicht so weit herumgesprochen, daß es auch bis an Ihre Adresse gekommen ist. Sollten Sie zu denen gehören, dann sind auch Sie nachträglich noch eingeladen!

Ich könnte hier ein ganzes Buch von Bosheiten erzählen. Ich kann mir nicht verkneifen, auf die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten einzugehen, die dieser an die Adresse seines jetzigen Stellvertreters richtete. Ich meine die Geschichte mit der „verwirrten Seele".

(Zuruf von der Regierungsbank: „Schönen Seele"!)

Ich habe soeben, als ich hereinkam, einen kleinen Zettel erhalten, der Notizen über den **Bildungsgang des stellvertretenden Ministerpräsidenten enthält.** Ich habe mir gedacht, daß er als Wirtschaftsminister sicherlich Nationalökonom sei. Seine besondere Neigung von Jugend auf gilt aber Dichtung und Musik; es erscheinen Namen wie Hölderlin, Kleist, Goethe, Stifter, in der Musik Beethoven und Bach. Nun, das zeugt von einer sehr guten und schönen Anlage; nur weiß ich nicht, ob diese Vorbildung und diese Passionen in jedem Falle für die Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen besonders förderlich sein werden. Denn wenn ich richtig verstanden habe, ist er ja Wirtschaftsminister.

(Dobbert (SPD): Nach Shakespeare: Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!)

Aber ich weiß nicht, warum der Herr Ministerpräsident und andere CDU-Redner diese schöne Anlage des Herrn Dr. Middelhauve so sehr kritisiert haben; denn schließlich war Herr Dr. Middelhauve nicht ganz unschuldig (C) daran, daß Zentrum und CDU in den vergangenen Jahren in diesem Hause eine Mehrheit hatten.

(Brockmann (Z): Was hatten wir?)

— Eine Mehrheit hier im Hause! — Die 16 Überhangmandate der CDU auf Grund des damals beschlossenen Wahlgesetzes, die ihnen die Mehrheit gaben, sind zum großen Teil auf das Konto des Herrn Dr. Middelhauve zu buchen; denn sein Verhalten gab die Möglichkeit, jenes Gesetz zu verabschieden, und so ist im Kreise der jetzigen Koalitionsparteien absolut alles abgegolten und ausgeglichen.

(Brockmann (Z): Du sprichst mich aller Sünden los! — Hemsath (SPD): Das ist gar nicht möglich!)

— Provozieren Sie nicht zu sehr; sonst könnte ich einen anderen Zettel heraussuchen!

(Heiterkeit bei der SPD)

Selbstverständlich werden wir Sozialdemokraten als überzeugte Demokraten die Entscheidung des Landtags und die Wahl des Ministerpräsidenten sowie seine Regierungsbildung zur Kenntnis nehmen.

Die Regierungserklärung selber — ich sagte es schon — war unserer Meinung nach ziemlich farblos. Daß aber ausgerechnet an der Spitze dieser Regierungserklärung die so oft erwähnte **Verwaltungsreform** stand, war kein gutes Zeichen. Denn was ist nun aus dieser Verwaltungsreform geworden, die weiß Gott soundso viele tausend Reden hervorgerufen und, wie nachgewiesen, sich in einem ständig größer werdenden Apparat und ständig größer werdenden Ausgaben — und zwar trotz (D) der Kritik, die sowohl von der FDP-Fraktion wie auch von der SPD-Fraktion erhoben wurde — niedergeschlagen hat? Sie ist kein Stück weitergekommen.

Nun, Herr Dr. Middelhauve hat als Vorsitzender der FDP-Fraktion immer wieder eine radikale Verwaltungsreform gefordert. Ich hoffe, daß er nun, wo er mit am Hebel sitzt, diese Forderung mit Vehemenz durchsetzen wird. Aber der Anfang ist schon schlecht.

Herr Dr. Middelhauve, zu Ihrer Forderung nach einer radikalen Verwaltungsreform gehörte an erster Stelle, daß die **Landesvertretung in Bonn** abgebaut wird.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Als ich mit meinem Freunde Ollenhauer und Herrn Ministerpräsidenten Arnold in dem neuerbauten Haus des Landes Nordrhein-Westfalen in Bonn die schon erwähnte Besprechung abhielt, dachte ich: Schade, wenn sich Herr Middelhauve jetzt durchsetzt, müssen wir dieses schöne Haus verkaufen, und niemand wird in den Genuß dieses Gebäudes kommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Doch man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Jedenfalls haben wir gehört, daß die Räume dort nicht leer bleiben werden.

(Zuruf von der CDU)

— Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind auch nicht der Meinung, daß eine Verwaltungsreform schon dadurch gegeben sei, daß man ein oder zwei Minister mehr oder weniger hat.

(A) Aber w i r brauchen uns ja auch nicht zu widersprechen. Hier von dieser Stelle aus haben Sprecher meiner Fraktion, darunter auch ich, in der vergangenen Legislaturperiode darauf hingewiesen! Das ist auch nicht des Rätsels Lösung. Unter Umständen kann eine Zusammenlegung mehrerer Ministerien viel mehr Geld kosten als ein organischer Aufbau. Es könnte sogar so sein, wie es früher war und hoffentlich in Zukunft nicht zu werden braucht, nämlich daß w i r vielfach die Regierungspolitik durchsetzen mußten, weil die Gefolgsleute selber ab und zu versagten.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Aber ich möchte gleich anfangs abwehrend und mit aller Bescheidenheit darauf hinweisen: So kann es nicht gemacht werden, daß **der Ministerpräsident** — wie damals — **ohne das Parlament zu fragen, Ministerien zusammenlegt** und — wie jetzt — **neue Ministerien** schafft. Immer, wenn wir in den Ausschüssen eine Forderung, die die Regierung nicht wünschte, durchsetzen wollten, wurden sämtliche Juristen der Landesregierung Nordrhein-Westfalens in Marsch gesetzt, um zu beweisen, daß nach Paragraph soundso das und das nicht geschehen kann. Warum haben die Juristen nicht auch darauf hingewiesen, daß etatrechtliche Folgen damit verbunden sind, wenn ein Minister mehr oder weniger da ist, und zunächst der Landtag darüber beschließen muß? Daher möchte ich schon gleich zu Anfang kritisch die Sonde anlegen: Das Parlament sollte in diesen Dingen gefragt werden, und es wird sicherlich darüber aus seinen Erfahrungen mindestens so gut urteilen können wie jeder Minister.

(B) In der Regierungserklärung wurde dann u. a. gesagt, daß die **sparsamste Verwaltung** dann gegeben ist, wenn die **tüchtigsten Dienstkräfte nach dem objektiven Grundsatz der Leistung und ohne Rücksicht auf Protektion** die Verwaltung durchführen. Ein schöner Satz, von dem ich jedes Wort doppelt unterstreichen könnte! Aber wie sieht es in der Praxis aus? Nur ein Beispiel! Ich bekam gestern von einem Mitglied dieses Hauses, das die Gewähr übernimmt, daß der Fall, wenn es sein muß, nachgewiesen werden kann, folgenden Hinweis. Ein Landesbeamter, der selbst katholisch ist, aber eine protestantische Frau und evangelische Kinder hat,

(Zuruf von der SPD: Kein Minister?)

bewirbt sich um die Stelle eines Behördenleiters in einer protestantischen Stadt. Die Antwort seiner vorgesetzten Dienststelle ist: Da können Sie nicht hin, Sie sind Katholik. Kurze Zeit später bewirbt er sich als Behördenleiter in einer katholischen Stadt, weil er sich nun auf sein eigenes Bekenntnis beziehen kann. Da wird ihm aber gesagt: Dafür kommen Sie mit Ihrer protestantischen Frau und Ihren protestantischen Kindern nicht in Frage,

(Hört, hört! bei der SPD)

da macht der Bischof nicht mit.

(Hört, hört! bei der SPD)

Nun ist die Frage aufzuwerfen: Sind diese Fälle mit einbezogen in diese platonische Liebeserklärung, wonach es in keinem Falle Protektion geben soll? Sie werden jedenfalls feststellen, daß man von diesem Grundsatz abgeht. Das werden wir in angemessener Form der Öffentlichkeit unterbreiten und zum Gegenstand unserer Kritik machen.

(Ministerpräsident Arnold: Können Sie bitte konkrete Angaben machen?)

— Zunächst genügt es, daß ich darauf aufmerksam gemacht habe. Ich habe nicht die Absicht, Herr Ministerpräsident, nach den gesammelten Erfahrungen einen im öffentlichen Dienst stehenden Beamten noch mehr Schaden zuzufügen, als schon zugefügt worden ist. (C)

(Lebhafte Zustimmungen bei der SPD — Innenminister Dr. Meyers: Wenn sie keinen Namen nennen, kann ich den Fall nicht nachprüfen!)

— Seien Sie unbesorgt! Sie werden Roß und Reiter genannt bekommen, sobald ich Rücksprache mit der Person genommen habe, die ich nicht gefährden will. Ich weiß nicht, wieviel Intrigen gesponnen sind. Ich denke nicht daran, irgend jemand zu gefährden, weil er sich in seiner Not an einen Volksvertreter wendet.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum? Das ist gar nicht so abwegig, Herr Innenminister, solche Fälle sind nicht einmalig, daß man auf Grund derartiger konfessioneller Zugehörigkeit jemand befördert oder nicht befördert. Das ist im Lande schon bekannt.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber in diesem Falle ist das besonders reizvoll, weil der neuernannte Kultusminister in dieselbe Situation kommen könnte. Aber, meine Damen und Herren, ein Hinweis: bitte nicht eine platonische Liebeserklärung, sondern aus einer solchen Liebeserklärung muß die Konsequenz gezogen werden!

(Jöstingmeier (CDU): Das kann auch in Arnsberg vorkommen!)

(D)

— Das kann auch in Arnsberg sein, selbstverständlich, ganz gleich, wo das ist, Herr Jöstingmeier. Warum Sie Arnsberg nennen, weiß ich nicht. Soviel mir bekannt ist, wird der Regierungspräsident von der Landesregierung ernannt. Wenn die Landesregierung der Meinung ist, der Regierungspräsident in Arnsberg habe seine Pflicht nicht erfüllt, dann hat sie die Möglichkeit, das zu erzwingen. Aber durch Zurufe dieser Art können Sie doch den von mir erwähnten Fall nicht verkleinern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich als alter Kommunalpolitiker sehr gefreut, daß in der Regierungserklärung gesagt wird, daß die **Förderung der Gemeinden und Gemeindeverbände** weiter betrieben **werden soll.** Auch das sind gute und treffende Worte, die wir schon öfter gehört haben. Nur war ab und zu der Finanzminister nicht ganz mit uns einig, auf welche Art und Weise man diese Förderung betreiben sollte.

(Zuruf des Finanzministers Dr. Flecken)

—Trotzdem, Herr Finanzminister, waren bei diesen Auseinandersetzungen Ihre Mitarbeiter ab und zu anscheinend stärker als sie.

(Finanzminister Dr. Flecken: Das glaube ich nicht!)

Der Hinweis hat mich besonders interessiert, daß die Landesregierung erklärt, daß **in keinem Falle,** die **Finanzkraft der Gemeinden durch Aufhebung von Steuern,** die noch bestehen, **geschmälert** werden darf. Jetzt denke ich wieder an den stellvertretenden Ministerpräsidenten,

(A) der im Auftrage seiner Fraktion in der letzten Legislaturperiode des Landtags verschiedene Anträge auf Aufhebung der Vergnügungssteuer in bestimmten Fällen und auf Aufhebung der Getränkesteuer gestellt hat. Ich will annehmen, Herr Ministerpräsident, daß Sie auch diesen Passus mit Ihrem neuen Kabinettsmitglied durchgesprochen haben und damit auch das Begehren der FDP-Fraktion, in dieser Übergangszeit die **Getränkesteuer** aufzuheben, und was ansonsten an diesbezüglichen Anträgen noch besteht.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Regierungserklärung wurde nichts im Grundsätzlichen gesagt. Sie wissen, daß die kommunalen Spitzenverbände aus wohlerwogenen Gründen und aus ihren Erfahrungen die Forderung stellen, die Vertreter der Länder und des Bundes sollten sich dafür einsetzen, daß die Gemeinden wieder wie in der Weimarer Zeit als gleichberechtigte Partner des neuen Staates eingebaut werden, daß die sogenannte **Dreisäulentheorie** in Bonn beschlossen wird. Ich hätte es gern gesehen, wenn der Herr Ministerpräsident in dieser Frage wenigstens zum Ausdruck gebracht hätte, daß seine Regierung sich in Bonn im Bundesrat bemühen wolle, eine solche stabile Grundlage für die Gemeinden anzustreben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie kennen unsere Mindestforderungen. Ganz gleich, wie die Verhandlungen in Bonn auslaufen, müssen den Gemeinden im alljährlichen Finanzausgleich die Mittel zugewiesen werden, die sie unbedingt brauchen, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Aber seit Jahren, Herr Finanzminister, warten wir darauf, daß die Landesregierung endlich daran
(B) geht, einen gerechteren, stabileren Verteilungsschlüssel für den alljährlichen **Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden** dem Landtag vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen hoffen und wünschen, daß bei den nächstjährigen Etatberatungen für diese Grundlage vorgearbeitet worden ist.

(Zuruf von der SPD: Beispiel Popitz!)

Die Ausführung zu dem Aufgabenkomplex der **Polizei** ist insofern interessant, als insonderheit herausgestellt wurde, daß die Polizei allein und entscheidend für die **Abstellung des Verkehrschaos** und die **Verhinderung des Verkehrstodes** beitragen soll. Das wäre ungefähr die Linie, die der frühere Wirtschafts- und Verkehrsminister, der jetzige Minister für Bundesangelegenheiten, verfolgt hat.

Herr Jöstingmeier, ich weiß nicht, ob Sie wieder Vorsitzender des Verkehrsausschusses werden. Aber immerhin: Wenn das nun die Politik der Regierung ist, daß man dieses Problem mit Polizeimaßnahmen lösen will, dann bin ich gewiß, daß Sie im neuen Landtag, im neuen Verkehrsausschuß, genau so gegen den Stachel löcken werden wie im alten. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man damit das Problem der Verkehrsnöte nicht lösen kann.

(Zuruf von der Regierungsbank: Das ist auch nicht gesagt!)

— Sie haben zu den Verkehrsfragen nur diese Bemerkung im Hinblick auf die Polizei gemacht. Gewiß, das haben Sie nicht gesagt. Es ist meine Aufgabe und meine Pflicht, nun weiterzudenken und auch auf das hinzuweisen, was Sie nicht gesagt haben; denn das, was nicht gesagt wird, ist mindestens so wichtig wie das, was gesagt wird. (C)

(Beifall bei der SPD)

Aber selbst wenn Sie es nicht so gemeint haben sollten, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir nach wie vor darauf drängen werden, daß **mehr Mittel für den Straßenbau** zur Verfügung gestellt und daß positive Maßnahmen zur Regelung des immer stärker ansteigenden Verkehrs getroffen werden.

Erfreulicherweise ist — wenn auch nur in einigen Sätzen — von den **Verpflichtungen des Landes gegenüber den Nazi-Verfolgten** gesprochen worden. Auch dieses Problem ist nicht neu und zieht sich durch die Jahre. Manches treffende Wort und auch manche berechtigte Kritik ist von dieser Stelle aus gesprochen worden. Aber jetzt nützen keine platonischen Versprechungen und schöne Reden; die haben wir ja gehört. Am 20. Juli war ich in Berlin. Es stimmt einen traurig, wenn man sich beim Anhören dieser Reden, beim Erlebnis solcher Feiern immer wieder fragen muß: Was geschieht in der Praxis für die, die damals den Mut hatten, gegen den Stachel zu löcken, und zwar unter Einsatz ihres Lebens? — Gar nichts!

(Beifall bei der SPD)

Gar nichts, Herr Ministerpräsident, gemessen an dem, was getan wurde für diejenigen, die vermeintliche Rechte im Dritten Reiche hatten!

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Wir möchten hoffen und wünschen, daß in Bälde — (D)
wenn es notwendig ist, auch durch Druck der Landesregierung auf Bonn — die notwendige Novelle zum beschlossenen Bundesgesetz verabschiedet wird, damit die Rechtsverordnungen erlassen werden können. Es ist doch ein Novum, daß der Bundestag ein Gesetz beschloß, von dem gleich nach seiner Verabschiedung festgestellt wurde, daß es sofort novelliert werden müsse und Ausführungsbestimmungen und Rechtsverordnungen erst erlassen werden könnten, wenn die Novelle beschlossen sei. Ob das mit oder ohne Absicht geschah, bleibt dahingestellt; für die Gesetzgeber, die die Verantwortung dafür tragen, ist es jedenfalls blamabel.

Ich bin froh, daß das Land durch seine Regierung zu erkennen gibt, daß es die geeigneten Kräfte mit fachlicher Vorbildung auch für diese Aufgabe bereitstellen will, möchte aber bescheiden darauf hinweisen, daß es nicht nur genügt, daß diese Kräfte die Paragraphen kennen, sondern daß es notwendig ist, daß die Kräfte auch wiedergutmachungswillig sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn ein Beamter mit oder ohne Sachkenntnis an einem Platze sitzt und etwas tun soll, was ihm widerstrebt, dann findet er selbstverständlich viel eher den Angelpunkt, an dem er nein sagen und die Dinge erschweren kann, als derjenige, der sich in aufrechter Beziehung mit den Opfern dieser politischen Richtung zum mindesten verbunden fühlt.

Die Bundesfinanzreform sollte doch endlich mit der Gesetzgebungspflicht gemäß Art. 107 des Grundgesetzes gekoppelt werden, Herr Finanzminister. Das alljährliche

(A) Tauziehen um die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern muß doch behoben werden; es ist für die Demokratie nicht dienlich, ganz gleich, wer nachher der Nutznießer ist; bis jetzt war es ja meist der Bundesfinanzminister — trotz allen ehrlichen Bemühens des Landes Nordrhein-Westfalen, das ich gar nicht abstreiten will.

Aber man sollte doch feste gesetzliche Grundlagen schaffen — das Grundgesetz sieht ja auch in Art. 107 zwingend vor, daß solche gesetzlichen Grundlagen zu schaffen sind, schon im vorigen Jahre zu schaffen gewesen wären —, selbst auf die Gefahr hin, Herr Finanzminister, daß man vielleicht schon eine gewisse Zeit später die Gesetze wieder ändern muß. Das ist immer noch besser, als im luftleeren Raum an jenem Tau zu ziehen. Die Steuerzahler sind der Meinung, daß dieses Raufen unnötig sei; sie schließen daraus, daß sie anscheinend zuviel Steuern zahlen, was natürlich falsch ist.

„Die Landesregierung ist der Auffassung, daß **sowohl einer zu starken Zentralisierung wie einer zu großen Zersplitterung der finanziellen Kraft entgegengetreten** werden muß", heißt es wörtlich. Hinter die erste Hälfte dieses Satzes habe ich „Flecken", hinter die zweite Hälfte „Middelhauve" geschrieben.

(Heiterkeit)

Was aber sagt das Ganze denn nun? — Sie schneiden hier einen Fragenkomplex an, der selbstverständlich von großer Bedeutung ist, nämlich ob eine zentralere — ich sage jetzt: zentralere, nicht zentrale — Finanzverwaltung im Bund praktiziert werden soll oder eine stärker föderalistische. Herr Dr. Middelhauve hat in alter Frische
(B) unter Einsatz seines ganzen Temperaments alljährlich bei den Etatberatungen die zentrale Finanzverwaltung gefordert, und bei der I. Lesung des letzten Etats gab es eine interessante Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Finanzminister und Herrn Dr. Middelhauve; sie sitzen jetzt beide friedlich nebeneinander.

(Heiterkeit)

Es wurden keine geringeren Kronzeugen angerufen als zum Beispiel der leider verstorbene Dr. Höpker-Aschoff. Ich habe dabei gedacht: Gott sei Dank sind die beiden nicht Mitglieder einer schlagenden Verbindung, sonst würden sie sich noch auf Pistolen oder schwere Säbel fordern.

(Erneute Heiterkeit)

Die Gefahr, daß es zum Eklat gekommen wäre, war jedenfalls sehr groß.

Ob nun hier mit dieser negativen Herausstellung der einen wie der anderen Richtung etwas geregelt ist, Herr Ministerpräsident?

(Zuruf des Finanzministers Dr. Flecken)

Ich möchte gern einmal Mäuschen spielen, wenn Sie sich im Kabinett mal grundsätzlich über diese Frage unterhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Finanzminister Dr. Flecken: Für Sie kostet der Platz 3,50 DM!)

— 3,50 DM?

(Finanzminister Dr. Flecken: Ja, für Sie; ich muß ja Gebühren einnehmen!)

— Für 3,50 DM kann ich nicht Mäuschen spielen; ich (C) weiß nicht, wie lange ich unter dem Tisch sitzen muß.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir gefällt eben nicht — ich versuchte es schon anders auszudrükken —, daß dieses Kompromiß nur in der negativen Form ausgesprochen wird. „Die Landesregierung ist der Auffassung, daß sowohl einer zu starken Zentralisierung wie einer zu großen Zersplitterung der finanziellen Kraft entgegengetreten werden muß." Nein, die Regierung soll uns erklären, w o f ü r sie sich einsetzt, nicht w o g e g e n sie sich einsetzen will. Das „Gegeneinsetzen" ist doch Vorrecht der Opposition,

(Zuruf von der CDU: So! — Heiterkeit)

zu der wir ja hier ernannt worden sind. Die Landesregierung soll sagen, was sie will, nicht, was sie n i c h t will.

(Steuer (FDP): Gesunder Mittelweg!)

— Ach Gott, Herr Steuer, hätten Sie den gesunden Mittelweg in Ihrem ganzen Leben beschritten, ständen wir uns jetzt viel besser miteinander.

(Schallende Heiterkeit bei der SPD)

Nun ein Wort zu der Bemerkung der Landesregierung, daß sie bisher den **Kapitalmarkt aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht in Anspruch genommen** hätte, **weil** nach ihrer Meinung eine **gesunde Kapitalbildung in der Wirtschaft das erste** hätte sein müssen! Wir waren in den letzten Jahren auch in dieser Frage vielfach anderer Meinung. Ich glaube, daß jeder nüchterne Betrachter zugeben muß, daß die Förderung des Wohnungsbaues, (D) die Verstärkung des Straßenbaues, die Errichtung von Schulbauten und die Förderung der Wasserwirtschaft wirtschaftliche Aufgaben ersten Ranges sind. Das sind doch nicht allein humanitäre Angelegenheiten. Warum Schulen? Selbstverständlich um den charaktervollen Menschen zu bilden, aber auch, um das Wissen zu vermitteln, damit der Erwachsene später in der Wirtschaft tätig sein kann. Straßenbau und Wasserwirtschaft sind nur Stichworte, die besagen, daß es selbstverständlich wirtschaftliche Angelegenheiten sind. Es ist sehr bedauerlich, daß wir in allen diesen Jahren diese Dinge allein aus Steuermitteln finanziert haben. Ich habe seit Jahren immer wieder den Standpunkt vertreten, daß auch das Land Nordrhein-Westfalen ebenso wie andere Länder — Bayern, Niedersachsen und andere — für eine Reihe außerordentlicher Ausgaben an den Kapitalmarkt hätte herangehen können. Der Kapitalmarkt wäre dadurch nicht unterminiert worden. Sicherlich wäre etwas davon abgezogen worden; aber zu unterstellen, daß jedwede Privatinvestierung vom Kapitalmarkt für die Gesamtheit richtig ist, ist auch schon eine Illusion. Wenn man meint, daß man Fehlinvestitionen vermeiden müsse, dann sollte man das auf beiden Seiten berücksichtigen. Dieses Risiko geht jeder ein, der sich den Kapitalmarkt verfügbar macht. Für die nächsten Jahre wird es sicherlich erforderlich sein, den Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen, wenn wir die dringlichsten und notwendigsten Aufgaben im bisherigen Ausmaß erfüllen wollen.

Wenn hier gesagt wird, daß sich die Landesregierung freue, daß **mit der Änderung des Steuerrechts auch die Steuerlast gesenkt** würde, dann möchten wir in aller Be-

(A) scheidenheit darauf hinweisen, daß man dabei an die Senkung der Steuerlast nicht nur für die Großverdiener denken darf.

(Sehr gut! bei der SPD)

Man liest in „Fachzeitungen" des öfteren, daß man den Großverdienern deswegen Steuererleichterungen schaffen müsse, weil der Großverdiener dem Kapitalmarkt das Kapital zuführe. Wir wollen doch in Nordrhein-Westfalen, wo der übergroße Teil der Bevölkerung nicht zu den Großverdienern gehört, zum Ausdruck bringen, daß der Sparwille und die Sparfreudigkeit der breiten Schichten zur Gesundung des Kapitalmarktes größere Beiträge leisten als die anderer Gruppen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Steuerpolitik, die nur auf den Großkopfeten zugeschnitten ist, ist schon in der Sache falsch und wird von den Sozialdemokraten aus tiefer Überzeugung abgelehnt.

(Finanzminister Dr. Flecken: Ich habe das ja gar nicht in Bonn vertreten. Das ist gar nicht wahr, was sie gesagt haben!)

— Herr Finanzminister, ich habe gar nicht behauptet, daß Sie das in Bonn vertreten hätten. Ich nehme nur auf die platonischen Liebeserklärungen Ihrer Regierungserklärung Bezug. Ich habe bewußt das Wort „platonisch" gebraucht!

(Finanzminister Dr. Flecken: Da steht nichts von einer Bevorzugung der Kapitalisten drin! — Zuruf von der SPD: Es geschieht aber in der Praxis, Herr Finanzminister!

(B) — Sie müssen schon erlauben, Herr Finanzminister, daß ich als vom Volk gewählter Abgeordneter hier meine Meinung so äußere, wie ich es für richtig halte, nicht aber, wie Sie es für richtig halten!

(Zuruf des Finanzministers Dr. Flecken)

— Herr Dr. Flecken, da Sie jetzt mit Herrn Dr. Middelhauve im Kabinett sitzen, können Sie nicht mehr mit ihm streiten. Ich bin bereit. Sie können sich nachher zu Wort melden und können sagen, was Sie wollen. Unterbrechen Sie mich aber bitte nicht dauernd!

(Sehr richtig! bei der SPD — Zuruf von der SPD: Das kann der Präsident machen!)

— Wir können mit jeder Münze zahlen, mit Kleingeld und mit Großgeld!

(Beifall bei der SPD)

Auch wir sind der Meinung, daß die **kulturellen Belange** so, wie sie aufgegliedert sind, **dezentralisiert** bleiben sollten. Es wäre aber sehr gefährlich, dabei zu vergessen, daß ein Staat, ein Volk nur eine Einheit sein können, wenn die kulturellen Belange und Werte gesund erhalten und im Bewußtsein der Menschen gegenwärtig gehalten werden. Es liegt eine große Gefahr darin, wenn wir angesichts der uns geschenkten Ländergrenzen anfangen, zuviel von „Kulturhoheit" und „Staatsautorität" zu sprechen. Sollten wir nicht besser zunächst einmal unsere Pflicht im Alltag erfüllen, da ja das Grundgesetz uns das Recht wie die Pflicht gibt, in Ruhe und Besonnenheit, ohne jedesmal spezielle Erklärungen abgeben zu müssen, unsere Pflicht zu tun? Kultur erschöpft sich aber nicht nur in Schulfragen. Da die Schulfragen in den Ländern im Vordergrund stehen, besteht die große (C) Gefahr, daß die anderen Dinge in ihrer Größe und Bedeutung übersehen und vergessen werden. Ich war jetzt in Berlin und habe mir einige Stunden abgespart, um mich auch einmal im Ostsektor umzusehen. Ich habe wirklich die Augen offen gehabt. Ich bin u. a. ins Kino gegangen und habe gesehen, was den Bewohnern dort an russischen Kulturfilmen usw. vorgeführt wird. Unterschätzen Sie nicht diese geschickte Infiltration fremder geistiger Werte dort drüben! Vergessen wir nicht, daß wir über die Grenzen unseres Landes hinaus auch in kulturellen Dingen allgemeiner Art aufgeschlossen und, wenn notwendig und förderlich, auch bereit sein müssen, dabei Hilfe zu leisten!

(Beifall bei der SPD)

Dies soll kein Vorwurf sein; ich wollte nur auf diesen Punkt hinweisen, damit wir nicht vergessen, was auch außerdem unsere Pflicht als Landtagsabgeordnete des Landes Nordrhein-Westfalen ist.

(Johnen (CDU): Da sind wir uns einig!)

— Schön, ich freue mich. Es soll schon öfter vorgekommen sein, daß sich Opposition und Regierung einig waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Sprecher meiner Partei habe ich in meinen letzten Reden im alten Landtag und auch später in den Wahlreden immer wieder darauf hingewiesen, daß das Dringlichste, was dem neuen Landtag vorgelegt werden müsse, das **Schulverwaltungsgesetz** und das **Schulfinanzierungsgesetz** seien. Das Schulverwaltungsgesetz, damit wir endlich Klarheit darüber bekommen, wie nun im einzelnen verfahren (D) werden soll. Es besteht nämlich die große Gefahr, daß, wenn nicht eine gesetzliche Regelung getroffen wird, die Politisierung der Schulpflegschaften viel mehr Schaden anrichtet, als es nach den in den Schulfragen auftauchenden Meinungsverschiedenheiten notwendig ist. Man sollte Vorsorge treffen, daß auf diesem für jeden aufgeschlossenen Menschen besonders wichtigen Gebiet nicht Spannungen entstehen, die mehr Schaden anrichten als unsere Gespräche hier mit dem Herrn Finanzminister oder mit Ihnen, Herr Johnen, in denen wir uns gegenseitig Grobheiten sagen.

(Zuruf des Abg. Johnen (CDU))

— Das sagen Sie bitte gleich! Aber wir sollten uns darum bemühen, daß das Schulverwaltungsgesetz in Kürze dem Landtag vorgelegt wird. Der neuernannte Kultusminister wird sicher einige Vorarbeiten vorfinden; falls nicht, so ist er ja massiv genug, es zu schaffen, daß wir uns recht bald damit beschäftigen können.

Daß die Regierung ein Versprechen auf **Schulgeldfreiheit** gegeben hat, ist schon etwas mehr als das, was war in den letzten Etatberatungen hörten; damals wollte man überhaupt nicht, jetzt will man. Aber, Herr Ministerpräsident, diese Versprechen, die erfüllt werden sollen, w e n n alle Schulen, w e n n alle Wohnungen gebaut sind, w e n n ... gehen ins Leere. Wir sind der Meinung, daß sich das Land Nordrhein-Westfalen genau so wie jene sieben Länder, die die Schulgeldfreiheit bereits eingeführt haben, den „Luxus" erlauben kann, diese Schulgeldfreiheit ebenfalls sofort einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Die dazu benötigten Mittel sind, gemessen am Gesamtetat, nicht von so entscheidender Bedeutung, daß der Herr Finanzminister deshalb schlaflose Nächte haben müßte.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Aber nun ein Kuriosum! Wie sieht das in der Praxis aus? Im Durchschnitt kostet den Schulträger ein höherer Schüler jährlich — allerdings örtlich verschieden — 750 DM. Er selber zahlt 250 DM Schulgeld. Diejenigen nun, die diese 250 DM nicht zu zahlen vermögen, bekommen auch die übrigen 500 DM nicht dazu. Diesen Betrag bekommen nur diejenigen Schüler, deren Eltern in der Lage sind, die 250 DM zu zahlen, so daß der Staat in praxi öffentliche Mittel jenen gibt, die sie zumindest nicht so sehr benötigen wie die anderen, die das Schulgeld nicht aufbringen können. Unsere Forderung geht also dahin, die Schulgeldfreiheit schon bei den nächsten Etatberatungen vorzusehen; der Finanzminister möge sich überlegen, ob er nicht — das wäre eine schöne Geste — den Betrag bereits in den neuen Etat einkalkulieren sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das **soziale Einfühlungsvermögen der Richter,** Herr Justizminister, wäre sicherlich noch förderungswürdig. Ich habe in der Regierungserklärung sehr schöne Sätze gelesen; aber mir will scheinen, man sollte auch jetzt noch einmal zum Ausdruck bringen, daß die **demokratische Zuverlässigkeit der Richter und Staatsanwälte** ein Haupterfordernis zur Ausübung ihrer wichtigen Tätigkeit ist. Darauf sollte noch stärker, als es bisher schon erfreulicherweise durch Herrn Dr. Amelunxen geschehen ist, in Zukunft Bedacht genommen werden. Daß das soziale Einfühlungsvermögen
(B) der Richter manchmal zu wünschen übrig läßt, das hat sich herumgesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte geglaubt, daß die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen einige markante Feststellungen zu ihrer Absicht, wie man die **Wirtschaftspolitik** in diesem Lande betreiben will, machen würde. Zur Wirtschaftspolitik werden in der Regierungserklärung die Erhaltung des Arbeitsfriedens und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den Sozialpartnern erwähnt. Das sind schöne Worte. Sie stehen leider mit der Praxis meist in Widerspruch.

(Zuruf von der CDU: Warum?)

— Weil der gute Wille nicht immer vorausgesetzt werden kann

(Zuruf von der CDU: Doch!)

bei den Sozialpartnern!

(Zuruf des Abg. Johnen (CDU))

— Bei uns beiden, Herr Johnen, kommt es darauf an, worüber wir uns unterhalten. Wenn wir uns über das schöne Wetter in Jülich unterhalten, gibt es keine Reibungen. Aber in anderen Dingen könnte es zu Reibungen führen. Aber das ist nicht schlimm. Die Landesregierung sollte sich aber verpflichtet fühlen, in diesem Lande Nordrhein-Westfalen einiges Grundsätzliches zur Wirtschaftspolitik des industriereichsten Landes unserer Bundesrepublik zu sagen.

Heute morgen bekam ich das „Handelsblatt" vorgelegt, in dem an die Adresse des stellvertretenden Ministerpräsidenten einige mahnende Worte gerichtet und die Befürchtung zum Ausdruck gebracht wird, er könnte evtl. (C) experimentieren. Ich glaube nicht, daß der neue Wirtschaftsminister Experimente auf diesem Gebiet machen wird. Zum mindesten wird er sich bei dieser Erklärung der Landesregierung wohlgefühlt haben. „Beziehungen zu den Sozialpartnern", das verpflichtet zu gar nichts.

Es war viel schöner, Herr Ministerpräsident, als sie 1947 erklärten:

> Für die Neuordnung der Grundstoffindustrie scheiden sowohl das System der bisherigen großkapitalistischen Wirtschaftsweise wie auch eine einseitige bürokratische Staatswirtschaft aus. Ziel muß vielmehr eine echte Gemeinwirtschaft sein, in der sich Einzelverantwortung und Einzelinitiative voll auswirken können.

— Jetzt kommt es, Herr Johnen! —

> Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt, und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutsche Grundstoffindustrie (Kohlenwirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinwirtschaft übergeführt wird. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals
>
> (Zuruf: Das sind Kinderschuhe, die man ausgezogen hat!)
>
> in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen.
>
> (Zuruf: Herr Arnold hat trotzdem sein Gesicht nicht verloren!) (D)
>
> Soweit im Zuge der Überführung der vorgenannten Industriezweige in Gemeinwirtschaft und im Interesse des Allgemeinwohls Enteignungen erforderlich werden, erfolgt eine Entschädigung nach Maßgabe der künftigen Gesetzgebung und nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet.

Das waren nicht nur markante Sätze, das war ein Bekenntnis zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die wir damals und heute unbesehen unterstrichen haben und unterstreichen. Aber der Herr Ministerpräsident hat das **heute nicht** gesagt. In der Regierungserklärung im Jahre 1950 **hatte** er wenigstens sein Bedauern zum Ausdruck gebraucht, daß die Besatzungsmächte uns nicht erlaubten, entsprechend beschlossene Gesetze zu praktizieren. Aber jetzt — 1954 — weder ein Bedauern noch ein Hinweis, einfach Schweigen im Walde!

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So kann man im Lande Nordrhein-Westfalen an entscheidenden Problemen nicht vorbeigehen.

Man beruft sich immer wieder auf das **Wirtschaftswunder** und tut ab und zu so, als wäre es auf die Klugheit, Initiative und Besonnenheit des Herrn Professor Erhard oder was weiß ich auf wen sonst noch zurückzuführen. In Wirklichkeit — wir wollen das doch klar

(A) aussprechen — ist dieses sogenannte Wirtschaftswunder u. a. möglich gewesen, weil sich die Großmächte der Welt nicht einig werden konnten, weil in der Zeit nach 1945 dauernd die Kriegsgefahren am Horizont sichtbar waren und die Siegermächte nicht genug Stahl und Eisen produzieren konnten, um Flugzeuge, Atombomben und sonstige Kriegswaffen zu bauen. Darum waren sie so freundlich und ließen uns die Zügel etwas locker, damit wir ihnen mithelfen.

(Johnen (CDU): Das ist aber neu!)

— Herr Johnen, ich stelle nur eine Tatsache fest. Sie werden aber doch wohl nicht sagen, daß das ein glückliches Omen sei. In der Konsequenz heißt das: Wenn sich morgen — was wir doch alle sehnlichst erhoffen — die Gewaltigen der Welt einig werden und damit die Kriegsgefahr beseitigt wird, was dann? Dann ist der eine Wunsch erfüllt und der eventuell damit verbundene Rückgang der Wirtschaftskonjunktur muß aufgefangen werden.

(Zuruf rechts: Sie prophezeien!)

— Nein, ich prophezeie nichts. Ich gehöre zu den Leuten, die nicht nur in den Tag leben, sondern die sich auch über morgen und über übermorgen Gedanken machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zuruf rechts: Machen Sie sich keine Gedanken über morgen!)

— Wenn Sie das nicht für erforderlich halten, dann sind Sie hier fehl am Platze.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(B) — Derjenige ist gemeint, der sagte, wir sollten uns keine Gedanken über morgen machen. Aber die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sollte mit in Kalkül ziehen, daß auch eine rückläufige Konjunktur Probleme aufwirft und man nicht früh genug überlegen kann, was in diesen Fällen geschehen soll. Bagatellisieren Sie nicht die kleinen Symptome des Frühjahrs, als man im Kohlenbergbau Feierschichten einlegen mußte und im Erzbergbau Zechen stillgelegt wurden! Es war die Periode, in der man befreit aufatmete, aber nur deswegen, weil man sich in Berlin zusammengesetzt hatte. Die Konferenz ging ohne Ergebnis auseinander; die Wirtschaft ging wieder auf Touren. Aber daß sich bei uns in Nordrhein-Westfalen, also in Deutschland, die Symptome sofort zeigten, beweist, daß wir das schwächste Glied in der Kette der Weltwirtschaft sind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Johnen, es wäre der Menschheit und uns viel Kummer erspart geblieben, wenn man nach dem ersten Weltkrieg diese wirtschaftliche Voraussicht in allen Staaten und Ländern zur Grundlage der Politik gemacht hätte.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Damals behauptete man, die Deutschen wären schuld am ersten Weltkrieg. Ich will die Behauptung nicht kontrollieren, ich fühle mich dazu nicht berechtigt. Darüber ist viel geschrieben worden. Um weiteren Folgerungen vorzubeugen und die Deutschen klein zu halten, hat man die Reparationsforderungen erhoben, die die deutsche Wirtschaft so schwer in Unordnung brachten, daß sie beim Einbruch der Weltwirtschaftskrise aus den Fugen geriet. Die Arbeitslosigkeit gab Adolf Hitler die Möglichkeit, (C) diese ungläubig gewordenen und verzweifelten Menschen unter Hinweis auf den Versailler Vertrag in seine Falle zu locken. Und die Folgen? Brauchen wir sie zu erwähnen? Soll nach dem zweiten Weltkrieg eine ähnliche Politik mit demselben Vorzeichen betrieben werden? Denn was ist die **Montan-Union**? Dieselbe Absicht, die deutsche Wirtschaft an die Kandare zu nehmen, weil die Franzosen immer Angst haben, wir könnten — wir sind sicherlich genau so friedliche Menschen wie andere auch — evtl. mit unserer wirtschaftlichen Erstarkung wieder Erschwernisse bringen!

Das sind doch die Hintergründe und die tiefsten Gründe dafür, daß wir Sozialdemokraten gegen diese Art der sogenannten Neuordnung in Europa Stellung nehmen. Uns kann man doch nicht nachsagen, daß wir das aus nationalistischem Übermut täten. Wir brauchen nicht den Beweis zu erbringen, daß wir keine Nationalisten sind, weder vor 1933 noch nach 1945.

Ich will das hier nicht vertiefen: Wir haben den Nachweis dafür erbracht, daß wir uns auch in sehr schlechten und gefährlichen Zeiten zu unserer Überzeugung bekennen, und zwar auch dann, wenn das üble Konsequenzen auf sich zieht. In Nordrhein-Westfalen muß daran gedacht werden, daß die eingegangenen Verpflichtungen bestimmte Konsequenzen mit sich bringen, denen wir frühzeitig genug als Möglichkeiten ins Auge zu schauen haben. Deshalb wäre es gut gewesen, wenn der Herr Ministerpräsident — wenigstens in einigen Sätzen — etwas Grundsätzliches zu diesem Frogenkomplex gesagt hätte. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß es gut wäre, wenn sich unsere **Kohlenwirtschaft** nicht in Privat- (D) besitz befände. Alle Meinungsverschiedenheiten über den zentralen Kohlenverkauf — für unseren Bergbau von großer Bedeutung — würden entfallen sein, wenn auch in Deutschland, wie in Frankreich, der Kohlenbergbau im Staatsbesitz wäre.

Ich möchte hoffen und wünschen, daß der neue Herr Minister für **Arbeit und Soziales**, der ehemalige Gewerkschaftler Platte, — —

(Zurufe von rechts und von der SPD)

— Daß er nach seiner Grundhaltung Gewerkschaftler bleibt, glaube ich ohne weiteres. Ich wollte das Gegenteil auch nicht behaupten. Ich hätte besser gesagt: Ehemaliger Gewerkschafts**funktionär**!

Ich möchte also hoffen und wünschen, daß sich der neue Herr Arbeitsminister in Kenntnis der vorhandenen Gegebenheiten stärker als bisher dafür einsetzt, daß endlich das wahr wird, was der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 20. Oktober 1953 sagte, als er ausführte, daß

> das den **Rentnern, Invaliden, Waisen und Hinterbliebenen in Aussicht Gestellte endlich wahr gemacht werden muß.**

Herr Minister Platte, wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie sich überall — im Kabinett und auch anderswo — für die Einlösung dieses Versprechens an die Ärmsten der Armen im Namen des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Regierung bemühen wollen.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der SPD)

(A) Es wird von **Vollbeschäftigung in Nordrhein-Westfalen** gesprochen! Das stimmt in etwa nur insoweit, wenn man die Grenzen des Landes mit denen des Industriebeckens gleichsetzt. Aber, Herr Ministerpräsident, unterhalten Sie sich einmal mit den Vertretern aus den Gebieten des Weser- und des Lipperlandes! Sie werden feststellen müssen, daß dort eine permanente strukturelle Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Daher wäre es gut, nach Mitteln und Wegen zu suchen, damit Wirtschaftsunternehmen dort angesiedelt werden. Das hätte den Zweck, daß die dortigen Menschen, die meist sehr stark mit ihrer Heimat verwurzelt sind, in ihrer engeren Heimat auch entsprechende Arbeitsplätze bekämen. Wer will dem widersprechen, was für Flüchtlinge, Evakuierte und Umsiedler geschehen soll! Es ist aber auch hier wieder darauf hinzuweisen, daß das, was geschehen soll, zusätzlich zu erfolgen hat. Die Maßnahmen dürfen nicht auf Kosten der Einheimischen gehen, und zwar weder im **Wohnungsbau**, noch in bezug auf die soziale Verpflichtungen! Vielmehr muß alles zusätzlich geleistet werden.

900 000 Wohnungen fehlen! Das ist eine erschreckende Zahl. Wir haben uns seit 1945, und zwar sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien, ehrlich darum bemüht, diesem Übelstand zu Leibe zu rücken. Unsere Arbeit hat aber leider darunter gelitten, daß eine Unterwanderung stattgefunden hat, durch die die Bevölkerung fortwährend erheblich angestiegen ist. Weiter haben Flüchtlinge, Umsiedler usw. übernommen werden müssen. Wenn ich diese Dinge auch bejahe, so ist — Herr Kollege Erkens, spitzen Sie die Ohren! ich sage nichts Neues — darauf hinzuweisen, daß Botter zu de Fisch sein muß. Man darf sich nicht mit leeren Erklärungen begnügen. (B)

Der neue Herr Wiederaufbauminister, der mir der Person nach sehr bekannt ist — er steht im Verdacht, die Dinge mit jugendlichem Elan angehen zu wollen —, wird in Düsseldorf sicher den Versuch unternehmen, die Schwierigkeiten mit Tatkraft zu meistern. Man munkelt aber draußen im Lande: Warum ist der eine oder der andere Minister nicht wiedergekommen? Da wurde auch der Name des bisherigen Wiederaufbauministers genannt.

(Zuruf des Abg. Johnen (CDU) — Heiterkeit)

Einige meinten, es wäre nicht ausgeschlossen, daß er sich bei der Fraktion unbeliebt gemacht habe, weil er einige Male — sogar in öffentlichen Sitzungen — wider den Stachel gelöckt hätte.

(Johnen (CDU): Tatsächlich?)

— Ich gebe nur das wieder, was erzählt wird, und ich verbürge mich nicht für die Richtigkeit. Immerhin ist es interessant, daß so etwas erzählt wird. Wir können aber auch dem neuen Herrn Wiederaufbauminister versprechen, daß er in uns nach wie vor die beste Hilfstruppe hat, wenn es sich darum handelt, dem Übelstand der **Wohnungsnot** aktiv zu Leibe zu gehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Johnen (CDU): Es bleibt Ihnen auch gar nichts anderes übrig!)

— Wieso? Ich könnte auch nein sagen.

Ich muß zum Schluß kommen, obwohl mir, weil ich für die Opposition spreche und weil uns der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung den uns gebührenden Platz eingeräumt hat,

(Beifall bei der SPD)

vom Herrn Präsidenten das Vorrecht eingeräumt wurde, mehr Redezeit in Anspruch zu nehmen. Helf er sich! Manchmal kommt man zu Ehre und Ruhm, ohne daß man etwas dafür kann! (C)

Ich muß jetzt noch eine Delikatesse herausstellen. Die FDP-Fraktion hat gefordert, daß die **in Bonn** vorhandene **Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen** beseitigt werden solle. Nun aber hat man Herrn Dr. Sträter für den Posten des Ministers für Bundesangelegenheiten benannt.

(Johnen (CDU): Das hat Herr Minister Dr. Middelhauve gewünscht!)

— Das kann ich mir denken!

(Stürmische Heiterkeit)

— Herr Minister, Sie sitzen jetzt mit am Ministertisch. Sie können gar nichts anderes tun, Sie müssen friedlich sein.

Nun habe ich mir gedacht, Herr Minister Dr. Sträter werde nach Bonn geschickt, damit er nicht so nahe mit Herrn Zoglmann in Berührung komme.

(Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD)

Sollte daran gedacht worden sein, so wäre es zu billigen, daß man den Frieden dieses Hauses auf diese Weise fördern will.

(Erneute Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Unsere Meinung über die Vertretung in Bonn ist bekannt! Wir haben von Anfang an positiv dazu gestanden, und ich kann hier nur erklären, daß wir es für falsch gehalten hätten, wenn man die Vertretung in Bonn vernachlässigt hätte. (D)

(Sehr gut! bei der CDU)

Denn nicht nur aus finanziellen Gründen — ich war selbst einige Zeit Bundesratsmitglied und kann das daher sagen —, auch in anderen Fragen läuft das Land Nordrhein-Westfalen, das ja berüchtigt dafür ist, das reichste Bundesland zu sein, ständig Gefahr, daß man sein Fell verteilt, damit die anderen Länder befriedigt werden. Nein, wir sind nicht das reichste, wir sind das steuerkräftigste Land! Gemessen aber an unseren besonderen Verpflichtungen, die auf dem Zerstörungsgrad unserer Städte usw. beruhen, sind wir nicht das reichste Land.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Ich komme nunmehr zum Schluß. Daß wir unsere **Aufgabe als Oppositionspartei** positiv sehen und daß wir auch stets geneigt sind, sie zu erfüllen, ist nicht neu. Ich glaube nicht, daß der Herr Ministerpräsident in dieser Beziehung uns Ratschläge zu geben beabsichtigt hat.

(Zuruf des Abg. Johnen (CDU))

Ich glaube vielmehr daran, daß er mit seinen Bemerkungen nur eine Feststellung hat treffen wollen. Wir haben jedenfalls in den Jahren von 1950 bis 1954 bewiesen, daß eine Oppositionspartei sehr konstruktiv wirksam werden kann. Wenn den Wählern draußen im Lande mitgeteilt worden wäre, daß alle Beschlüsse, alle Gesetze einschließlich ihrer Auswirkungen mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion zu Nutz und Frommen des Lan-

(A) des zustande gekommen sind, dann hätten wir besser bei den Wahlen abgeschnitten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU)

— Was ich damit sagen will? Nun, ich will dadurch ausdrücken, daß es nicht unbedenklich ist, wenn die **Landesregierung einen Film** mit ganz eindeutigen propagandistischen Gedanken **herstellen und im Wahlkampf laufen** läßt, ohne darauf hinzuweisen, daß vieles von dem Erreichten nicht zustande gekommen wäre, wenn nicht die Oppositionsparteien so tatkräftig mitgeholfen hätten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Johnen, mir wurde gestern ein schönes Messingplättchen überreicht, auf dem steht: **„Gestiftet von Ministerpräsident Karl Arnold, Mai 1954"**; es war angeheftet an einem **Fernsehapparat.**

(Johnen (CDU): Haben Sie auch einen bekommen? — Heiterkeit)

— Nein, leider nicht! Das Schildchen war angeheftet an einem Fernsehapparat und muß nun den Eindruck hervorrufen, als sei Herr Ministerpräsident Karl Arnold wirklich der Stifter dieser Apparate. Das ist politisch schief gesehen! Herr Arnold hat nicht gestiftet. Die Gelder sind, glaube ich, vom Nordwestdeutschen Rundfunk gegeben worden. Wenn aber das Land Nordrhein-Westfalen in Erscheinung tritt, dann muß man wenigstens „Land Nordrhein-Westfalen" oder zum mindesten „Landesregierung Nordrhein-Westfalen" sagen, wenn man meint, daß das die Exekutive tun muß.

(B) Aber wir bilden uns ein, Herr Johnen, daß diese Merkmale der gemeinsamen Tätigkeit auch draußen im Lande als solche kenntlich gemacht werden müßten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Nehmen wir doch den Wohnungsbau als Beispiel! Ja, Herr Johnen, es ist eine offene Frage, ob so viele Wohnungen gebaut worden wären, wenn wir nicht hier immer mit aufgekrempelten Hemdsärmeln die hundert Millionen zusätzlich gefordert hätten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zurufe aus der Mitte)

Ich wollte sagen, daß wir den Nachweis einer konstruktiven Oppositionsführung nicht erst zu erbringen brauchen. Ob wir dazu auch in Zukunft in der Lage sind, kann niemand voraussagen; das hängt davon ab, wie sich die anderen Fraktionen verhalten und wie die Regierung praktiziert. Unsere Bereitschaft zur positiven Mitarbeit ist vorhanden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Schlußwort zum Nachdenken! Eine **Vertiefung des demokratischen sozialen Staatsbewußtseins** bei den breiten Schichten der wirtschaftlich Abhängigen in diesem Lande ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft, die für uns alle in Dunkel gehüllt ist. Eine in breiten Schichten der Bevölkerung fundierte Demokratie ist in schlechten Zeiten für die Demokratie eine bittere, zwingende Notwendigkeit.

Die SPD hat nicht aus Zufall im Kern des Ruhrgebiets fast alle Mandate im direkten Wahlgang erobert: in Dortmund, in Duisburg, in Bochum und in den umliegenden Industriekreisen. Alle Mandate! — Das ist ein Beweis dafür, daß das Gros der Industriearbeiter in uns ihre vertrauenswürdigen Vertreter sieht. Wägen Sie das politisch ab und bringen Sie es in Verbindung zur zurückliegenden Zeit! Ich sagte vorhin schon, es war die Tragik der deutschen Geschichte, daß auch nach 1918 verhindert wurde, daß die breite Masse der Bevölkerung durch ihre Vertrauensmänner in den schweren Zeiten verantwortlich und entscheidend mitwirken konnte. Man sollte doch aus der Geschichte lernen und Frontbildungen verhindern, die die Einordnung der verantwortlichen Vertrauensmänner dieser Schichten — bewußt oder unbewußt — unmöglich macht. (C)

Dem deutschen Menschen und damit dem deutschen Volke und Staate werden noch viele schwere Aufgaben bevorstehen. Auch die von allen Demokraten sehnlichst gewünschte Wiederherstellung der Einheit in Freiheit wird damit im Zusammenhang stehen. Erkenne jeder seine Aufgabe und tue seine Pflicht! Wir sehen die unsere im Sinne einer zukunftsträchtigen Neugestaltung.

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Gockeln: Als nächster Redner hat Herr Abg. Johnen das Wort.

Johnen (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinhoff hat es mir etwas schwer gemacht; denn ich glaube, er hat die Grundzüge seiner Rede präpariert, als wir beide noch glaubten, wir würden die Koalition bilden.

(Heiterkeit) (D)

Ich muß daher etwas mehr Oppositionsrede halten, als Herr Kollege Steinhoff es getan hat.

Von vornherein darf ich mich aber den Worten des Herrn Ministerpräsidenten anschließen, als er **den drei scheidenden Ministern — Herrn Dr. Weber, Herrn Dr. Schmidt und Frau Teusch — den Dank der Landesregierung** aussprach. Ich möchte den drei scheidenden Ministern den Dank meiner Fraktion und — ich glaube, darüber hinaus zum erstenmal auch sagen zu können — der Koalition aussprechen.

(Zuruf von der SPD)

Es ist ein Glück für uns, daß alle drei Abgeordnete dieses Hauses sind, so daß wir auf die reichen Erfahrungen, die sie im Laufe der letzten Jahre gewonnen haben — bei Frau Teusch sind es schon Jahrzehnte; ich will es nicht so deutlich sagen, sonst weiß man, daß Sie inzwischen etwas älter geworden sind —, zurückgreifen dürfen. Ich glaube, wir wollen diesen drei scheidenden Ministern in allem Ernst ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Ministerpräsident hat dann bekanntgegeben, daß **die drei zusammengelegten Ministerien in zwei Ministerien — Ministerium für Arbeit und Soziales und Ministerium für Wiederaufbau — aufgegliedert** werden sollen. Sie erinnern sich, daß ich es damals von dieser Stelle aus sehr begrüßt habe, daß die drei Ministerien zusammengelegt wurden. Ich habe das damals als einen mutigen Schritt, als einen sichtbaren Schritt zur Einleitung der Verwaltungsreform bezeichnet.

(A) Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Zusammenlegung der drei Ministerien aus sachlichen Gründen wenig glücklich war, und ich stehe nicht an zu bekennen, daß sich dieser damals gut gemeinte Schritt als sachlich wenig glücklich und — sagen wir es ehrlich! — als falsch erwiesen hat. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, daß er aus dieser Erkenntnis sofort den richtigen Schluß gezogen und nun die Ministerien wieder getrennt hat.

(Zurufe von der SPD)

— Glauben Sie, daß auch ein politischer Grund vorhanden war?

(Steinhoff (SPD): Ja, die Hintergründe!)

— Nein, nein!

(Heiterkeit)

Im übrigen, Herr Kollege Steinhoff, ist Ihnen das nichts Neues. Ich glaube, auch wir haben schon ab und zu darauf hingewiesen, daß es sachlich nicht gerechtfertigt ist, die Ministerien für Arbeit und Soziales mit dem Wiederaufbauministerium zusammenzulegen. Man kann darüber streiten, Herr Kollege Steinhoff, und wenn die Kriegszerstörungen in unserem Lande behoben sind, wird die Zeit kommen, wo man ein echtes Wohlfahrtsministerium wie in Preußen schaffen kann.

(Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD) — Weitere Zurufe von der SPD)

— Ja, das weiß ich, Herr Steinhoff, darüber brauchen wir beide doch nicht zu streiten.

(Erneuter Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

(B) — Ja, langsam, langsam! Der Herr Ministerpräsident hat — glaube ich — gesagt, das werde überprüft.

(Steinhoff (SPD): Aha, er ist also sehr vorsichtig!)

— Ja, wenn man sieben Jahre lang Ministerpräsident gewesen ist und ein paar Regierungserklärungen hinter sich hat, dann weiß man, was man sagt.

(Heiterkeit)

Nun hat mich der Herr Ministerpräsident gezwungen, ihm genau entsprechend seiner Regierungserklärung — wenigstens in der Diktion — zu folgen.

(Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

— Herr Brockmann hat es ja gestattet.

(Heiterkeit)

Ich muß daher mit dem Herrn Innenminister beginnen, obwohl ich viel lieber mit dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten begonnen hätte.

(Zuruf des Abg. Brockmann (Z))

— Ich dachte, Herr Dr. Middelhauve.

(Heiterkeit)

— Ich habe Sie mißverstanden, Herr Brockmann!

(Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

— Herr Steinhoff, Sie würden es draußen hören, genau so wie auch ich den Anfang Ihrer Ausführungen draußen gehört habe.

Darf ich mich nun an den Herrn **Innenminister** wenden? Wir haben gehört, daß die gesetzgeberischen Arbeiten im wesentlichen abgeschlossen sind. Zwei Materien fehlen aber noch, und zwar erstens das Gesetz **über die Ordnungsbehörden**, eine klare Folgerung des von Ihnen bereits beschlossenen Polizeiorganisationsgesetzes. Wir dürfen wohl erwarten, daß der Herr Innenminister das Gesetz, das bereits dem früheren Landtag vorgelegen hat, baldigst wieder einbringt. Ferner hat die Regierungserklärung ganz klar einen sehr heiklen Punkt angesprochen, und zwar das **kommunale Abgabenrecht**. Ich glaube, daß der Landtag seit der Währungsreform nicht immer frohen Herzens den jährlich neu gemachten Vorschlägen über den kommunalen Finanz- und Lastenausgleich folgte. (C)

(Sehr richtig! bei der CDU)

In dieser Wahlperiode des Landtags muß, glaube ich, das kommunale Abgabenrecht in einer Weise neu geordnet werden, die die Gewähr dafür bietet, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände unter gleichzeitiger Beachtung der Landesinteressen zufriedengestellt werden. Diese Neuordnung muß für eine Reihe von Jahren von Dauer sein, so daß die Kommunen sich auf Jahre hinaus etatrechtlich auf eine solche sichere Grundlage einstellen können.

Neben dem Herrn Ministerpräsidenten ist der Herr Innenminister insbesondere für die **Verwaltungsreform** verantwortlich. Lassen Sie mich einige Worte wenigstens zur sachlichen Seite der Verwaltungsreform sagen! Sicherlich ist derjenige über die sachliche Verwaltungsreform enttäuscht, der in der Vorstellung lebt, als käme es bei einer solchen Reform lediglich auf den guten Willen an. Sicherlich ist aber derjenige nicht enttäuscht, der weiß, welche Berge von Schwierigkeiten zu überwinden sind. Wer sich bemüht, objektiv zu urteilen, kann nicht bestreiten, daß bereits einiges geschehen ist. Dabei ist zu beachten, daß sich die eingeleiteten Bemühungen nach zwei Richtungen hin zu bewegen haben. (D)

Hier muß ich zunächst auf den Bund zu sprechen kommen. Es kommt entscheidend darauf an, uns zu bemühen, **nicht unbedingt erforderliche neue bundesrechtliche Vorschriften dann zu vermeiden** oder zurückzustellen, wenn nicht der Nutzeffekt dieser Bestimmungen die zusätzlichen Belastungen der Landesverwaltung überwiegt.

(Sehr gut! bei der CDU)

Hier können wir nicht entscheiden. Wir können nur im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Einfluß nehmen. Aus einem der letzten Protokolle des Bundesrates habe ich mit Befriedigung festgestellt, daß sich insbesondere der Innenminister unseres Landes zum Wortführer derer gemacht hat, die sich ernsthaft gegen eine Aufblähung einer Verwaltung dieser Art zur Wehr setzen. Beim Personenbeförderungsgesetz ist es allerdings bei diesem Versuch geblieben. Ich hoffe und wünsche aber, daß der Bundestag und seine Ausschüsse an den in der Diskussion im Bundesrat geäußerten Gedanken nicht achtlos vorübergehen.

Erfolg hat der Herr Innenminister aber bei der Speiseeisverordnung gehabt. Wir sind vorerst dank der Bemühungen des Herrn Innenministers ohne Gefährdung der gesundheitspolizeilichen Bestimmungen vor einem nicht zu übersehenden Maß überflüssiger Verwaltungsarbeit bewahrt worden. In unserem Lande aber haben die Arbeiten positive und sichtbare Ergebnisse gehabt. Es

(A) ist von dieser Stelle aus wiederholt ausgesprochen worden, daß sich Bürger und Beamte in dem heutigen **Übermaß gesetzlicher und verwaltungsmäßiger Bestimmungen** nicht mehr zurechtfinden. Auf die Dauer ist es auch unerträglich, wenn — durch die Zeitverhältnisse bedingt — neue Gesetze erlassen werden, daneben aber in einem unübersehbaren Wirrwarr die in Jahrhunderten angehäuften verwaltungsmäßigen Regelungen ihr Leben weiterfristen. Ich darf Ihnen die letzte Nummer des Ministerialblattes für die innere Verwaltung empfehlen. Daraus ergibt sich, daß der Herr Innenminister die sachliche Verwaltungsreform mit fester Hand anfaßt.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Polizeiorganisationsgesetzes hat er sämtliche Vorschriften, die sich mit der Polizei befaßten, das heißt diejenigen, die sich mit Erlassen befaßten, geprüft. Das erste Ergebnis, das sich lediglich mit der **Kriminalpolizei** befaßt, liegt vor. Aus dem genannten Ministerialblatt geht hervor, daß **509 Erlasse aufgehoben** worden und 111 erhalten geblieben sind.

(Hemsath (SPD): Die 509 Erlasse wurden sowieso nicht mehr angewandt, Herr Johnen!)

— Na, Herr Hemsath, jetzt wissen Sie in Ihrem Rathaus, daß Sie sie nicht mehr mehr zu beachten brauchen.

(Hemsath (SPD): Haben wir sowieso nicht gemacht!)

— Tatsächlich? Pflichttreue Beamte mußten immerhin prüfen, was in ihnen stand.

Ich möchte jedenfalls den Herrn Innenminister ermutigen, mit dieser Arbeit fortzufahren. Wenn ich recht unterrichtet bin, bestehen allein auf dem Gebiete der gesamten Polizei rund 4 000 Erlasse, und — wenn ich auch (B) da richtig orientiert bin — höchstens ein Drittel dieser Erlasse können bestehen bleiben. Ich wäre dem Herrn Innenminister und dem gesamten Innenministerium dankbar, wenn weiterhin so zahlreiche Erlasse aufgehoben werden könnten.

(Zuruf von der SPD: Keine neuen machen!)

Ich knüpfe aber daran die Hoffnung, daß auch die übrigen Ministerien an die Arbeit gehen und einmal prüfen, welche Vorschriften im Sinne des Herrn Hemsath nicht mehr anzuwenden sind und daher aufgehoben werden können.

Nun habe ich in diesem Zusammenhang zu der sachlichen Verwaltungsreform eine Anregung an den Herrn Ministerpräsidenten. Ich will seine Ressortschwierigkeiten durchaus nicht vergrößern. Aber immerhin halte ich es für zweckmäßig, daß ein Ministerium beauftragt wird, diese sachliche Verwaltungsreform nun tatkräftig durchzuführen, und da scheint mir das Innenministerium wohl das am meisten zuständige zu sein. Ich bitte darum den Herrn Ministerpräsidenten, im Kabinett in einer der ersten Sitzungen — in den ersten Sitzungen läßt sich so etwas übrigens am leichtesten erreichen — auf freiwilliger Grundlage **das Innenministerium zu beauftragen, diese Prüfung bezüglich der Verwaltungsreform auch für die übrigen Ministerien durchzuführen.**

(Sehr richtig! rechts)

Nun hat Herr Kollege Steinhoff gemeint, wir sollten nicht so sehr viel von der **Kulturhoheit des Landes** sprechen. Trotzdem tue ich es. Die Regierungserklärung weist mit Recht darauf hin, daß sowohl nach dem Grundgesetz wie auch nach der Landesverfassung die Kulturhoheit bei (C) den Ländern liegt. Diese Zuständigkeit der Länder wird von uns voll bejaht.

Über das **Schulgesetz** hat sich die Regierungserklärung ganz klar ausgesprochen. Ebenso klar ist in ihr erklärt worden, daß dieses Schulgesetz ergänzt werden müsse durch das **Schulverwaltungsgesetz** und das **Schulfinanzierungsgesetz**. Auf diese beiden Gesetze legen meine Freunde und ich entscheidenden Wert. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Landesregierung diese beiden Gesetze in absehbarer — ich möchte sagen: in naher — Zeit dem Landtag zur Beschlußfassung und Entscheidung vorlegt.

Was nun die **Schulgeldfreiheit** und die **Lehr- und Lernmittelfreiheit** anlangt, so prüft mit Recht die Landesregierung, ob es nunmehr an der Zeit sei, die entsprechende Bestimmung der Verfassung — Art. 9 — auf irgendeine Weise zu realisieren. Ehe dieses Problem praktiziert wird, halte ich es für selbstverständlich, zunächst die noch **fehlenden Schulräume** — 7 700 sind es — **wiederherzustellen.**

(Zuruf von der SPD: Und Kasernen zu bauen!)

Ich glaube Herr Steinhoff hat vom Luxus der Schulgeldfreiheit gesprochen.

(Zurufe von der SPD: Nein! Nein! — Dobbert (SPD): Wenn das Wort Luxus gefallen ist, dann ist es in Anführungsstrichen gemeint. Das ist der Sinn seiner Worte!)

— Ich möchte daher den Luxus in Anführungsstrichen wiederholen. Das Problem der Schulgeldfreiheit wird von uns ernstlich geprüft werden müssen. Wir haben (D) eine Reihe Länder, die die Schulgeldfreiheit eingeführt haben. Aus den Erfahrungen dieser Länder werden wir lernen müssen.

(Sehr richtig! rechts)

Sagen Sie nicht, meine Damen und Herren, so einfach: Wir führen die Schulgeldfreiheit ein! Oder: Wir führen sie nicht ein! Nein, wir wollen ernstlich prüfen. Ich weiß nicht, ob es klug ist, Herr Kollege Holthoff, daß z. B. meine Kinder kein Schulgeld bezahlen. Warum?

(Zuruf von der SPD: Sie können ja spenden! — Holthoff (SPD): Nicht gesagt worden ist, daß man in der Stadt 500 DM je Kind schenkt!)

— Einverstanden! Und warum sollen es nicht 550 DM sein! Ich meine, Herr Holthoff, wir wollen doch ernstlich prüfen, was möglich ist. Es ist doch folgendes — ich will es jetzt auf mich abstellen —: Die Eltern, die sich ohne staatliche Hilfe bemühen, denen muß auch Gelegenheit gegeben werden, ihre Kinder selber durchzubringen. Das darf der Staat nicht verbieten.

(Sehr richtig! rechts)

Ich wage, das einmal aufzuzeigen, nicht um zu sagen, es soll nicht gemacht werden, sondern nur um Ihnen zu zeigen, welche Probleme damit verbunden sind.

(Holthoff (SPD): Herr Johnen, ich halte Sie für so klug, daß Sie den wahren Hintergrund kennen! — Zuruf von der SPD: Denken Sie an das Schulgeld in den Volksschulen! — Holthoff (SPD): Dadurch wird eine Zweiklassenteilung in unseren Schulen — Almosenempfänger und diejenigen, die zahlen können — geschaffen werden!)

(A) — Nein, ich bin mit Ihnen, Herr Holthoff, der Überzeugung, daß wir mit dem, was die Landesregierung bisher getan hat — die Unterstützungen usw. —, einverstanden sind. Aber ich gehe darüber hinaus und sage: Wer wirklich nicht so viel Einkommen hat, daß er das Schulgeld zahlen kann, der soll einen Rechtsanspruch auf Schulgeldfreiheit haben.

(Sehr richtig! rechts)

Da bin ich mit Ihnen ganz einverstanden. Wir haben das Problem des Rechtsanspruchs bei den gegebenen Voraussetzungen auf der einen Seite und die vollkommene Schulgeldfreiheit auf der anderen Seite. Dazwischen scheint mir das Richtige zu liegen.

Darf ich das einmal schlagwortmäßig sagen: Unser Ziel wäre die soziale Schulgeldfreiheit. Ich weiß zwar, daß es sehr schwierig ist, sie in konkrete Gesetzesbestimmungen zu fassen. Aber dieses Ziel müssen wir erreichen.

Nun hat der Herr Ministerpräsident auch über das **Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk** gesprochen. Es ist verkündet, kann aber nicht in Kraft treten, weil die Verordnung Nr. 118 noch entgegensteht. Der Chef dieser Landesregierung hat sehr deutlich gesagt — er war eigentlich noch nie so siegessicher wie jetzt —, daß diese Bestimmung der Militärregierung aufgehoben wird. Ich möchte namens der gesamten CDU-Fraktion hier in aller Öffentlichkeit den von der Landesregierung durch die Hand des Bundeskanzlers eingereichten Antrag auf Aufhebung der Verordnung Nr. 118 stärkstens unterstützen.

(Beifall)

(B) Die britische Militärregierung wäre gut beraten, wenn sie dem Antrag in politischer Weitsicht und ohne bürokratische formale Schwierigkeiten möglichst bald stattgeben würde.

(Sehr gut!)

Nun zur Justiz! Die Landesregierung hat in ihrer Regierungserklärung die **kleine Justizreform** besonders unterstrichen. Die Richter sollen freigestellt werden für die eigentlichen richterlichen Aufgaben. Dazu soll auf der einen Seite das Rechtspflegergesetz dienen. Auf der anderen Seite haben wir mit Genugtuung festgestellt, daß der Ministerpräsident davon gesprochen hat, daß die Richter nicht zu einer Urteilsfabrik werden sollen. Er hat als Ziel eine ausgewogene Geschäftslast hingestellt. Das hat eine Konsequenz für uns. Wir werden der Justiz so viele richterliche Kräfte bewilligen müssen, wie notwendig sind. Mit der Landesregierung sind wir der Auffassung, daß es wirklich an der Zeit ist, endlich das im Grundgesetz vorgesehene **Richtergesetz** im Bund und dann im Lande zu verabschieden.

Abgesehen von der **Wiederherstellung der Gerichtsgebäude** soll nach der Regierungserklärung auch die innere **Ausstattung der Gerichtsgebäude verbessert** werden. Die für die Justiz sprichwörtliche Sparsamkeit darf wirklich nicht dazu führen, alle technischen Neuerungen abzulehnen. Denn diese Sparsamkeit ist in Wirklichkeit eine Verteuerung. Ich möchte wünschen, daß die Justiz in technischer Hinsicht einmal fortschrittlicher wird. Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß jeder Richter das Urteil mit der Hand schreibt, weil es unsere Großväter auch so getan haben. Das Urteil wird bestimmt nicht falsch, wenn man es diktiert. Man sollte Schreibmaschinen, Stenotypistinnen und alles, was mit technischen (C) Neuerungen zusammenhängt, auch bei den Gerichten allmählich einführen. Der Herr Justizminister sagt, das wäre so. Es ist auch zum Teil so, aber nur zum Teil. Ich möchte wünschen, daß eine **echte Einsparung durch eine Durchführung der Technisierung des bürokratischen Betriebes in der Justiz** erfolgt. Dann werden auch die Urteile besser.

Nun zu **Wirtschaft und Verkehr!** Ich bin nicht so unfreundlich, dem neuen Wirtschafts- und Verkehrsminister zu sagen, daß die Wirtschaft eigentlich zur Zuständigkeit des Bundes gehört. Ich täte ihm damit sogar einen Gefallen. Aber so, wie ich das Wirtschaftsministerium in unserem Lande ansehe — das Land Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftlich wichtigste und das wirtschaftlich stärkste Land der Bundesrepublik —, stelle ich mir einen Wirtschaftsminister dieses Landes so vor, daß er Treuhänder ist, Mittler zwischen der Wirtschaft und dem Bund, und auf der anderen Seite, daß er dabei das Gesamtwohl der Bevölkerung insofern im Auge hat, als er diese Wirtschaft des Landes mit der sozialen Struktur dieses Landes in Einklang bringen muß.

Von geradezu wesentlicher Bedeutung in diesem dicht bevölkerten Land sind die **Verkehrsfragen.** In diesem Hause ist darüber öfter diskutiert worden, so daß ich mir Einzelheiten ersparen kann. Hier hat der neue Verkehrsminister eine Aufgabe von weitgehender Bedeutung. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das gesamte Haus ihm für alle Vorschläge dankbar sein wird, die darauf abzielen, in diesem dichtestbevölkerten Land den Verkehr flüssig zu halten und den Verkehrstod zu besiegen.

Wiederaufbauministerium! Sie werden es verstehen, (D) daß ich mich jetzt etwas mit der Koalition beschäftigen muß. Im Wiederaufbau ist seit Jahren der **Wohnungsbau das Problem Nr. 1.** Wir wissen auch, daß der Wohnungsbau in diesem Lande auf Jahre hinaus noch das Problem Nr. 1 bleiben wird. Seit Jahren ist von dieser Stelle aus immer wieder gefordert worden — auch durch die jetzige Regierungserklärung —, das **Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.** Es ist sicherlich das Verdienst des bis jetzt im Amt gewesenen Ministers Dr. Schmidt, dieses Verfahren wesentlich vereinfacht zu haben. Aber das schon so wesentlich vereinfachte Verfahren ist für den bauwilligen Bürger noch immer so kompliziert, daß mancher Antragsteller auf der Strecke bleibt. Kürzlich war es mir eine Genugtuung, das Stöhnen eines Beamten zu hören, der dazu eingesetzt ist, das Bauverfahren zu überprüfen. Er stöhnte, weil er selbst baute

(Heiterkeit)

und einfach nicht mehr ein noch aus wußte, wie man das in der Praxis macht. Ich habe ihm gesagt: Besseres kann einem ja gar nicht passieren, als festzustellen, daß Sie, der Sie die Vorschriften prüfen müssen, selber nicht wissen, wie man ein Formular anständig ausfüllt.

Damit will ich nur sagen, daß Sie, Herr Kollege Weyer, sich hier ein Denkmal setzen können, das nichts kostet. Dieses Land wird Ihnen dankbar sein, wenn Sie es gegen oder mit Ihren Beamten des Wiederaufbauministeriums erreichen könnten, daß das Verfahren echt einfach oder einfach echt wird.

(Steinhoff (SPD): Wie oft ist dies schon gesagt worden!)

(A) — Ich weiß es Herr Steinhoff, aber auch Sie haben es nicht ganz fertigbekommen!

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien)

Ich möchte es aber Herrn Weyer mit auf den Weg geben. Sie sagten, er habe jugendlichen Elan. Vielleicht kann das auch nur einer, der Elan hat und von Bürokratie nichts kennt. Es ist meine Hoffnung,

(Beifall bei der FDP)

daß es nun erreicht wird; ich hoffe es mit ihm. Jedenfalls wünschen wir — ich darf hier die Opposition mit einschließen — ihm dazu alles Gute, nicht nur, weil er aus Hagen kommt, Herr Steinhoff!

(Erneute Heiterkeit)

In der Regierungserklärung ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß unser Land der industrielle Mittelpunkt der Bundesrepublik und daher ein Land der Arbeit ist. Es ist selbstverständlich — und ich unterstreiche alles das, was hierzu der Oppositionsredner gesagt hat —, daß sich aus der Struktur unseres Landes besondere soziale Verpflichtungen ergeben. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen ist ein echtes Anliegen des ganzen Hauses.

Sicherlich wird es die **Aufgabe des neuen Arbeits- und Sozialministers** sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß das, was im Bunde noch fehlt — **die Regelung der Altersrenten und der sonstigen Renten** — endlich durchgeführt wird. Hier muß unser Land, hier muß der neue Arbeits- und Sozialminister Motor sein, damit diese Frage endlich gelöst wird. Ich möchte ihm, dem (B) neuen Arbeits- und Sozialminister, wünschen, daß er im Lande das Vertrauen gewinnt, das zur Führung seines Ministeriums erforderlich ist. Unser Vertrauen hat er.

Meine Damen und Herren, nun einige Worte zur **Landwirtschaft**! Mit Recht ist die **Wasserwirtschaft** als wesentlicher Teil unserer gesamten Landwirtschaft hingestellt worden. Aber es ist nicht nur wichtig, daß Talsperren gebaut werden; auch die müssen gebaut werden; das ist selbstverständlich. Man sollte aber auch die ländliche Wasserversorgung nicht vergessen. Man sollte vor allem auch nicht die Wasserprobleme vergessen, die sich aus dem rheinischen Braunkohlengebiet von selbst ergeben. Ich weiß nicht, ob ich zuviel sage, wenn ich behaupte, daß hier eigentliche Erfahrungen gar nicht vorliegen und daher das Ministerium **für** Landwirtschaft, **das** für die Wasserwirtschaft **zuständig** ist, besondere Vorsicht und Sorgfalt walten lassen **müßte**.

(Zuruf von der SPD: Und Tempo vor allen Dingen!)

Im Zusammenhang mit der Braunkohlenangelegenheit hat schon die Regierungserklärung die Forderung nach einer **verstärkten Rekultivierung** aufgestellt. Wir werden in absehbarer Zeit vor der Tatsache stehen, daß auch Braunkohle im Tieftagebau gefördert wird. Hier hat die rheinische Landwirtschaft — etwas im Gegensatz zur westfälischen Landwirtschaft — immer wieder Opfer zu bringen. Ich habe bereits bei der Etatberatung darauf hingewiesen, daß man Kriegsschäden in der Landwirtschaft auf die Dauer gesehen mit Geld abgelten kann, daß man aber der Landwirtschaft nicht einen einzigen Morgen Land mehr geben kann. Im Gegenteil, 9 000 Hektar Land verliert unsere Landwirtschaft jedes Jahr in diesem (C) Lande.

(Zuruf von der SPD: Rekultivieren!)

Nun, meine Damen und Herren, die Landwirtschaft verliert dieses Land; dagegen wird man sie nicht schützen können. Aber eines kann man: man kann einheitlich entschädigen. Und ich meine, es wäre an der Zeit, ein **einheitliches Entschädigungsgesetz** zu verabschieden,

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

und zwar ausgehend vom Eigentum. Wir wollen das Eigentum schützen, solange es geht. Das Eigentum hat eine Grenze da, wo das Gemeinwohl gefährdet ist; da wird man das Eigentum aufgeben müssen. Ich persönlich habe aber kein Verständnis dafür, daß eine Eigentumsabgabe, je nachdem, ob sie an die Besatzungsmacht, an die Industrie oder für Siedlungszwecke erfolgt, anders vergütet wird. Wir werden dazu kommen müssen, ein einheitliches Entschädigungsgesetz nach einheitlichen Grundsätzen zu verabschieden.

Ich möchte hier ein Wort zum **Bodenreformgesetz** sagen. Auch hier muß die Entschädigung klar den heutigen Verhältnissen angepaßt werden.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Die Bodenreform ist in eine Sackgasse geraten. Warum? — Weil eine Entschädigung von einem Drittel über dem Einheitswert keine Entschädigung mehr ist, sondern eine Enteignung und sonst gar nichts.

(Zustimmung)

Ich möchte den Herrn Landwirtschaftsminister bitten, mit dem Ernährungsausschuß zu beraten, wie man diese Verordnung — ich weiß nicht, welchen Namen sie hat — (D) auf eine tragbare Grundlage stellen kann, die den heutigen Verhältnissen angepaßt ist.

Nun einige Worte zum **Verhältnis Bund und Land**! Die Landesregierung wirkt durch den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Ich halte es nicht für nötig, nochmals zu betonen, daß wir von hier aus dem Bunde jede mögliche Unterstützung zuteil werden lassen wollen. Es ist sicherlich für den Bund von Nutzen, wenn die Länderregierungen durch den Bundesrat ihre Meinung zur Geltung bringen, sofern dies erforderlich ist. Ich möchte aber von dieser Stelle aus die Landesregierung bitten, **im Bundesrat nur dann abweichende Anträge zu stellen, wenn es unbedingt notwendig ist.** Auf der anderen Seite **möchte ich** dem Bundestag von dieser **Stelle** aus sagen: **Anregungen** sind nicht immer deshalb **falsch**, weil sie vom **Bundesrat** kommen.

Im Verhältnis zwischen Land und Bund wird der **Finanzausgleich** wohl immer eine Gefahr sein, durch die Meinungsverschiedenheiten entstehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind verständlich, wenn jedes Finanzministerium die von ihm errechneten oder geschätzten Zahlen für unabdingbar hält. Die sachlichen Darlegungen eines Finanzministeriums, sei es im Bund oder im Land, haben ihr eigenes Gewicht. Wenn aber nun Finanzminister gegen Finanzminister auftritt, so ist dieser Streit zwar für Zeitungen und einige Leser sehr interessant. Immerhin bleibt aber die Frage zu prüfen, ob es vom Demokratischen her richtig ist, diesen Streit zwischen Bundesfinanzminister und Landesfinanzminister in die Öffentlichkeit zu tragen. In der Theorie sind unsere

(A) Grundsätze klar. Die Länder, also auch unser Land, müssen dem Bund geben, was der Bund braucht. Umgekehrt muß der Bund den Ländern, also wiederum auch unserem Land, das lassen, was unser sozial so schwieriges Land braucht, um seine sozialen Verpflichtungen zu erfüllen.

(Hemsath (SPD): Dazwischen liegt die Praxis!)

Ich wünsche, daß die Landesregierung Mittel und Wege findet, dieses Ziel zu erreichen, ohne daß es nach außen unnötigen Streit gibt.

(Hemsath (SPD): 42% Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer!)

Der Herr Ministerpräsident hat wiederum einen **Minister für Bundesangelegenheiten** ernannt. Sie wissen, daß meine Freunde und ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten den Standpunkt vertreten, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Bonn durch ein Mitglied des Kabinetts, also durch einen Minister, vertreten sein soll. Dies ist nicht nur wegen der besonderen Gegebenheiten im Bundestag und Bundesrat notwendig, sondern es ergibt sich ganz einfach aus dem Umfang und aus der Bedeutung der Angelegenheiten, die die Landesregierung als Mitglied des Bundesrats zu erfüllen hat. Wir glauben, daß der Minister für Bundesangelegenheiten gerade in unserem Land eine Bedeutung hat, die in der Öffentlichkeit leider nicht immer richtig gewertet wird. Weiter wissen Sie, daß die FDP-Fraktion einen anderen Standpunkt vertritt. Es ist bekannt, daß die FDP-Fraktion diesen Standpunkt nicht geändert hat. Beide Fraktionen sind von der Richtigkeit ihrer Ansichten überzeugt, bleiben aber ebenso bei ihrem Standpunkt, (B) daß diese Meinungsverschiedenheit, die keineswegs bestritten wird, in keiner Weise das Verantwortungsbewußtsein beider Fraktionen beeinträchtigt oder diese etwa dazu verleiten könnte, daran eine Koalition scheitern zu lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

Ich darf daher den Herrn Ministerpräsidenten bitten — vielleicht ist der Herr Kollege Dr. Flecken so freundlich, diese Bitte an den Herrn Ministerpräsidenten zu gegebener Zeit weiterzuleiten, falls es Herr Steuer nicht tut —,

(Heiterkeit bei der FDP)

nach einer Zeit gemeinsamer Arbeit zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt zu prüfen, ob der Minister in Bonn wirklich richtig placiert ist. Ich nehme an, daß sich auch die FDP-Fraktion dann den sachlichen Argumenten meiner Fraktion nicht verschließen wird.

(Steinhoff (SPD): Wenn nicht, was dann?)

— Dann bleibt es, wie es ist.

(Heiterkeit bei CDU und Zentrum — Zuruf des Abg. Steuer (FDP))

Der Herr Kollege Steinhoff hat sodann von der **Steuerreform** gesprochen und in dieses Haus hineingerufen, die Steuerreform dürfte **nicht nur für die Kapitalisten** da sein. Also, Herr Steinhoff, ich zähle mich zum Beispiel zu der unteren Grenze der Kapitalisten, das heißt zu denjenigen, die ihr Geld selbst verdienen müssen und Steuern zahlen.

(Dobbert (SPD): Eine juristische Definition!)

Sie müssen doch zugeben, Herr Kollege Steinhoff, daß (C) die Steuerreform auch die mittleren und unteren Steuergruppen erfaßt. Sie haben vielleicht aus Ihrem Archiv die Regierungserklärung von 1947 herausgesucht und ausgerechnet das verlesen, was von Ihrem Kollegen Dr. Menzel stammt.

(Heiterkeit — Dobbert (SPD): Das ist eine Überzeugungsangelegenheit!)

— Ich bin ebensowenig wie Sie im Kabinett.

(Steinhoff (SPD): Daß Sie aber Ihrem Minister unterstellen, daß er etwas von einem anderen übernimmt — —?)

— Das ist doch ganz klar, als Sie hier Minister waren — ich war es noch nie, ich will es erst werden —

(Heiterkeit — Zuruf des Abg. Brockmann (Z))

— ich komme immer zu spät —, haben Sie auch zu der Regierungserklärung beigetragen.

(Steinhoff (SPD): Ich war nicht drin!)

— Sie haben Glück gehabt, es war Ihr Vorgänger.

(Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

— Langsam, langsam, langsam: Auf der Tagesordnung steht: „Erklärung der Regierung" und nicht: „Erklärung des Ministerpräsidenten"; denn es handelt sich um eine Erklärung der gesamten Regierung.

(Dobbert (SPD): Vom Ahlener Programm wollen Sie auch nichts mehr wissen! — Heiterkeit bei der SPD)

— Natürlich, Herr Dobbert, das liegt nicht nur in Ihrem, sondern auch in unserem Archiv! (D)

(Zurufe von der SPD)

— Ich weiß nicht — wenn Sie bei A beginnen, enden Sie natürlich bei Z, bei Herrn Zoglmann, also, Herr Steinhoff, gehen Sie von A bis Z, von Achenbach bis Zoglmann. Was dazwischen liegt, sind Mitläufer, Sie und ich.

(Heiterkeit)

Nun haben Sie, Herr Steinhoff, von der **Montan-Union** gesprochen. Lassen Sie die Montan-Union! Ich glaube, Herr Steinhoff, daß, wenn ich in einigen Jahren Ihre heutige Rede so herausgriffe, wie Sie es heute mit der Regierungserklärung von 1947 taten, dann täte es Ihnen leid, wenn ich diese wörtlich vorläse.

(Sehr richtig! rechts)

Warten wir die Entwicklung ab! Die Montan-Union ist ein Vorläufer auf dem Wege nach Europa, und ob Sie oder wir wollen oder nicht: Dieses Europa kommt, und es muß kommen, meine Damen und Herren, wenn es überhaupt noch leben will.

(Zustimmung bei der CDU)

Sodann haben Sie, Herr Steinhoff — ich weiß nicht warum — hervorgehoben, daß Sie im Ruhrgebiet einige direkte Mandate errungen haben. Würde ich alle Direktmandate der CDU nennen, so wäre das eine sehr lange Liste. Aber darauf kommt es nicht entscheidend an. Wir legen keinen Wert darauf, hier zu dokumentieren, daß wir diesen oder jenen Wahlkreis in direkter Wahl gewonnen und daß wir ausgesprochene Arbeiterwahlkreise

(A) erkämpft haben. Das ergäbe ein schiefes Bild. Die CDU — das muß ich sagen, weil Sie etwas anderes erklärt haben — ist eine echte Volkspartei, die alle Stände umfaßt, auch die Arbeiter.

(Beifall bei der CDU)

Nun darf ich schließen, meine Damen und Herren. Wenn man genau zugehört hat, liegen Opposition und Koalition bis jetzt gar nicht so sehr weit auseinander, und wenn unsere beiden Auffassungen nun der Redner der FDP nicht durcheinander bringt, dann kann der Landesregierung gar nichts passieren.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Gockeln: Zunächst besteht noch keine Gefahr; denn der nächste Redner ist Herr Brockmann.

Brockmann (Z): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Johnen hat mit seiner Schlußbemerkung den Redner der FDP-Fraktion ansprechen wollen. Ich bedauere, daß ich nun hier in die Bresche springen muß; aber es wird mir nicht schwer. Ich habe eigentlich die Mittlerrolle, die meine Fraktion in diesem Hause stets als ihre Aufgabe gesehen hat, am heutigen Tage gar nicht so voll auszuwerten, weil ich überzeugt bin, daß die **Regierungserklärung** — wie auch meine Herren Vorredner es schon gesagt haben — nicht viel Neues bringen konnte; sie ist **eine Art Neuauflage der Regierungserklärung, die vor vier Jahren von Herrn Ministerpräsident Arnold hier abgegeben worden ist.**

(B) Wenn wir nämlich diese Regierungserklärung aufmerksam gehört haben, wenn wir uns vor allen Dingen bemüht haben, tiefer in sie einzudringen, und wenn wir dann nach altem parlamentarischen Rezept verfahren haben, auch zwischen den Zeilen und zwischen den Worten zu lesen und zu hören, dann unterscheidet sich diese Regierungserklärung, soweit ihre politische Fundierung und Zielsetzung hier zu beurteilen ist, in nichts von der Erklärung der Regierung, die vier Jahre lang mit Hilfe der Opposition — das spreche ich offen aus — das Land in ausgezeichneter Weise regiert und die Interessen des Landes und des Volkes weitgehend gefördert hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich weiß deshalb nicht, warum wir vom Zentrum Bedenken haben sollten, in der bisherigen Regierung weiter zu bleiben. Ich weiß auch nicht, warum wir auf einmal von dem Gefühl befallen sein sollten, vor einem anderen Partner, nämlich vor der FDP, die Flucht aus der Verantwortung ergreifen zu müssen. Es ist immer unser Vorzug gewesen — und wir haben in dieser Beziehung, Herr Kollege Steinhoff, um auf Ihre Vorbemerkung in der Debatte einzugehen, das Gesicht nicht verloren —, uns der verantwortlichen Mitarbeit um so weniger zu verschließen, als in der Regierungserklärung — ich darf das noch einmal wiederholen — nichts, aber auch gar nichts, steht, was uns irgendwie stören könnte. Wir leugnen nicht und sind uns ganz klar darüber, daß die bisherige Regierungskoalition bei der Wahl am 27. Juni keine Mehrheit gefunden hat. Das ist ein Faktum, das brauche ich nicht besonders zu unterstreichen. Sonst wären die Besitzverhältnisse — um nicht zu sagen: die Sitzverhältnisse — (C) in diesem Hause nicht verändert worden. Das ist ein Faktum, von dem wir ausgehen.

Aber ebenso ist es ein Faktum, daß es für uns vom Zentrum nicht darauf ankommt, bezüglich einer Koalition zu entscheiden, sondern, daß für uns nur eins in Frage kommt, ob wir mitarbeiten und damit mitverantworten wollen. Das haben wir bejaht, solange Herr Ministerpräsident Arnold an der Spitze dieser Regierung zu dem steht, was er in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat und was er hier vor der Vertretung des Landes versprochen hat. Wir werden hellwach von uns aus in dieser Koalitionsarbeit mitarbeiten, und es wird sich erweisen müssen, ob der Weg, den wir mit dem neuen Partner gehen, diese vier Jahre bis zum Ende gegangen werden kann. Das wird selbstverständlich an beiden Teilen liegen. Wir vom Zentrum sind uns ganz klar darüber, daß wir mit einer Beteiligung an dieser Regierung nichts von unseren Grundsätzen, nichts von unserem politischen Gedankengut aufgeben. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, das zu erhärten, so sind es die Darlegungen gewesen, die der Vertreter der größten Fraktion in diesem Hohen Hause zur Regierungserklärung und zu dieser Koalition gemacht hat. Sicher, ich habe sehr viele Kabinettswechsel im Laufe meiner langen parlamentarischen Tätigkeit mitgemacht, ich habe vielleicht mehr Ministerpräsidenten und Minister kommen und gehen sehen als die meisten Kollegen in diesem Hohen Hause, abgesehen von einigen wenigen, die auch eine lange parlamentarische Tätigkeit hinter sich haben.

So ist das immer wieder. Bei jeder neuen Regierungsbildung, ganz gleich, wie sich sich abspielen mag, tritt (D) ein altes historisches Wort in den Bereich der Politik und besonders in den Bereich der parteipolitischen Verantwortung und des parteipolitischen Geschehens, das einmal der Bischof Remigius von Reims ausgesprochen hat, als er Chlodwig taufte:

Beuge Dein Haupt, stolzer Sigambrer,
Verbrenne, was Du angebetet,
Bete an, was Du verbrannt hast.

Wir habe sorgfältig geprüft, ob wir etwas zu verbrennen haben, was wir politisch vertreten haben, und wir sind zu der Überzeugung gekomen, daß wir nichts zu verbrennen haben. Darum arbeiten wir mit.

Meine politischen Freunde möchten sich dem **Dank** anschließen, **der vom** Herrn Ministerpräsidenten **den scheidenden Ministern** ausgesprochen wurde. Wenn ich dabei besonders auf die wertvolle Arbeit Bezug nehme, die der von uns gestellte Minister Dr. Weber im Laufe der Jahre, insbesondere was die Erledigung der Flüchtlings- und Evakuiertenfragen angeht, geleistet hat, so schmälert das in keiner Weise die Anerkennung der großen Verdienste der beiden anderen bisherigen Minister Teusch und Dr. Schmidt. Wir sind allen zu aufrichtigem Dank verbunden. Ich freue mich, daß wir in dieser Beziehung keine politischen Nekrologe zu halten brauchen. Ich freue mich auch darüber, daß die früheren Minister jetzt die Arbeit dieses Hohen Hauses von der rein parlamentarischen Ebene aus wertvoll befruchten können. Ich glaube, lieber Kollege John — — er heißt nicht John, um Gottes Willen!

(Heiterkeit)

(A) Er heißt Johnen, Johnen, meine Damen und Herren! Er ist im Augenblick nicht im Hause. Ich glaube aber sicher, er ist gleich mir der Ansicht, daß es sich gut und besser im Parkett unten fechten läßt als auf der Ministerbank.

Lassen Sie mich bitte nur einige wenige Punkte berühren, die in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen sind! Ich habe nicht vom Herrn Ministerpräsidenten oder gar vom Präsidenten des Hohen Hauses den Auftrag, fein säuberlich die einzelnen Ressorts durchzugehen. Ich wiederhole: Das ist alles schon dagewesen, das haben wir alles schon einmal gehört. Bei den verschiedensten Gelegenheiten wird es für uns noch genug Möglichkeiten geben, in diesem Hohen Hause ganz profiliert unsere Stellung zu den neuen Kabinettsmitgliedern und zu den Aufgaben der einzelnen Ressorts, ausgehend von der Regierungserklärung, darzutun. Wir werden alle in der Lage sein, im Interesse des gesamten Hauses immer wieder davon ausgiebig Gebrauch zu machen.

Wir aber vom Zentrum haben mit ganz besonderer Aufmerksamkeit die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur **kulturpolitischen Aufgabe des Landes** und der Regierung verfolgt. Die kulturpolitischen Angelegenheiten sind ja nach dem Bonner Grundgesetz in erster Linie das Reservat der Länder. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Linie der bisherigen Kultur- und Schulpolitik nach der Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten fortgesetzt werden soll. Das ist auch unsere Auffassung. Gut ist, daß der Herr Ministerpräsident in dieser Beziehung das **Schulgesetz** vom 8. April 1952 angesprochen hat. Das begrüßen wir deshalb, weil nichts
(B) Neues gesagt zu werden brauchte, sondern weil lediglich noch einmal herausgestellt und unterstrichen wurde, worin wir die entscheidende Konzeption dieses Schulgesetzes erblicken, nämlich in der uneingeschränkten und unbehinderten Anwendung des Elternrechts auf klar und eindeutig in diesem Schulgesetz koordinierte Schularten unter Ablehnung jeder Regelschultheorie.

(Beifall bei CDU und Zentrum)

Wir begrüßen es, daß im Anschluß daran in der Regierungserklärung die bevorzugte Verabschiedung eines **Schulfinanz-** und eines **Schulverwaltungsgesetzes** angesprochen worden ist. Meine politischen Freunde sind aber der Auffassung, daß darüber hinaus auch die Frage, die wir hiermit stellen, geklärt werden sollte, ob **nicht** alle bislang auf dem Verordnungsweg ergangenen Anordnungen betreffend die **Berufsvorbildung der Lehrer** besser und zweckmäßiger **in einem einzigen Gesetz zusammengefaßt** werden könnten, das eine notwendige Ergänzung des Schulgesetzes darstellen würde. Herr Kultusminister, wir hoffen und wünschen, daß der Wechsel in der Leitung Ihres Ministeriums keine weitere Verzögerung in der Erledigung dieser so dringend notwendigen Gesetzesvorlagen, die der Herr Ministerpräsident erneut angekündigt hat, zur Folge haben wird. Denn das Kultusministerium ist — vom Interessenstandpunkt des Landes und vor allen Dingen vom Kompetenzstandpunkt der Länder aus gesehen — das bedeutendste Ministerium, und ein Wechsel in der Leitung erregt daher die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, meiner politischen Freunde und wohl auch aller anderen politischen Parteien. Das Zentrum jedenfalls tritt dem neuen vom Herrn Ministerpräsidenten berufenen Kultusminister, Herrn Schütz, mit offenem Vertrauen entgegen, wie übrigens auch allen anderen Ministern. Die **Konfession eines Ministers sollte niemand stören!** (C)

(Hört, hört! bei der SPD)

Sie stört uns auch nicht. Ich sage das mit besonderer Rücksicht auf die Frage, die Sie, Herr Kollege Steinhoff, in Ihrer Rede heute morgen hinsichtlich der Berufung eines Beamten zum Ausdruck gebracht haben.

(Zuruf von der SPD)

— Ich spreche ganz allgemein; ich spreche weniger dieses Hohe Haus an, und Sie werden schon verstehen, wen ich anspreche.

Die Abgeordneten des Zentrums stört also die Konfession eines Ministers nicht. Wenn aber die Konfession eines Ministers zum Gegenstand pressepolitischer Erörterungen gemacht wird, und zwar bedauerlicherweise bis in den sakralen Raum der Familie hinein, dann stört uns das erheblich!

(Sehr gut! beim Zentrum)

Wir fragen uns daher, warum man das eigentlich tut, und diese Frage fordert eine Antwort. Sollte etwa — das ist die Frage, die wir zu stellen haben — der Wechsel in der Leitung des Kultusministeriums irgendwelche konfessionellen Hintergründe haben, die einer Begründung in der Öffentlichkeit bedürfen? Das und nur das würde uns stören, würde unser Bedauern erregen und unsere allergrößte Aufmerksamkeit beanspruchen. Wir würden das um so mehr bedauern, meine Damen und Herren, weil der bisherige Kultusminister sein hohes Amt im Bewußtsein seiner Verantwortung der katholischen Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes gegenüber ohne irgendwelchen konfessionellen Akzent aus dem Geist und dem Streben nach echter Toleranz geführt hat. (D)

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! ich spreche das hier ganz offen aus, und ich glaube, es als eines der ältesten Mitglieder dieses Hauses sagen zu dürfen: Stets wird es ein parlamentarisches Ruhmesblatt in der Geschichte der Fraktion des Herrn Ministerpräsidenten bleiben, diesem Land in seiner schwersten Epoche des Ringens um den kultur- und schulpolitischen Wiederaufbau in **Frau Minister Teusch** einen Kultusminister gegeben zu haben, dessen Sorge und dessen Wirken in ganz besonderem Maße der Erziehungsnot der Jugend der breiten Massen unseres Volkes gewidmet war.

(Zustimmung und lebhafter Beifall)

Frau Minister Teusch — das dürfen wir einmal offen sagen — hat in der Erfüllung dieser Aufgabe trotz aller Kritik und trotz aller offenen und manchmal versteckten Widerstände, die nun einmal dazu da sind, überwunden zu werden, ihre besten Kräfte verzehrt. Sie hat das getan in der Erfüllung einer Aufgabe, die sie — besser als jeder andere — aus der Würde und dem persönlichen Erleben ihres Erzieherberufes und auf Grund einer langen parlamentarischen Erfahrung zu lösen berufen war. Im Laufe meiner langen parlamentarischen Tätigkeit in Preußen und in diesem Lande habe ich eine ganze Reihe hervorragender Kultusminister kennenge-

(A) lernt. Keiner aber hat stärker in unmittelbarer persönlicher Beziehung — darin werden mir auch die Damen und Herren von der Opposition zustimmen — zum Bildungs- und Erziehungsbedürfnis der Jugend der breiten Massen unseres Volkes und zur Bildungs- und Erziehungaufgabe der Jugendbildner gestanden als Frau Teusch.

(Sehr wahr! — Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

— In keiner Weise. Ich möchte nur gern, daß Sie nun endlich mit Ihrem Beifall anfangen!

(Große Heiterkeit — Steinhoff (SPD): Ich verstehe nicht, was Sie wollen!)

— Lesen Sie es nachher nach! Dann werden Sie es verstehen. Herr Kollege Holthoff wird mich bestimmt verstehen, und die Herren, die im Kulturausschuß mitgearbeitet und in der schulpolitischen Gesetzgebung mit uns gerungen haben, werden mich sicherlich auch verstehen.

(Steinhoff (SPD): Und die Folgerung?)

— Die kommt jetzt. Immer und überall haben wir, denen die Lösung der sozialen Frage auch im Bereich des Bildungs- und Erziehungswesens eine besondere Herzensangelegenheit ist, in der Zusammenarbeit mit der Frau Kultusminister verspürt, wie stark ihr die Werte des Geistigen, der Kultur und des Pädagogischen mit den harten sozialen Spannungen, die im Volk und seiner Jugend zu finden sind, verbunden bleiben. Wenn ich dafür namens der parlamentarischen Vertretung des Zentrums ein Wort besonderer Anerkennung und besonderen Dankes aussprechen darf, so bin ich sicher,
(B) daß sich mir dabei das ganze Haus anschließen wird. Ich bin sicher, daß auch der neue Kultusminister, Herr Dr. Schütz,

(Zuruf von der CDU: Er ist nicht Doktor!)

— dann also ohne Doktor, ein Vorzug, Herr Minister, den Sie mit mir teilen —

(Heiterkeit)

bestrebt sein wird, diese Linie unserer Kultur- und vor allen Dingen unserer Schulpolitik im Lande weiter zu verfolgen. Wenn das seine Auffassung von seiner Aufgabe ist, wird er jederzeit in uns bereite Mitarbeiter finden.

(Beifall in der Mitte)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur noch ein Problem berühren! Es handelt sich um die **Schulgeldfreiheit**. Nicht zu verkennen ist es, daß diese Frage einen ganz tiefen sozialen Gehalt hat. Auf der anderen Seite ist es auch nicht zu verkennen, daß die bisherigen Regierungen dieses Landes — Herr Kollege Steinhoff, auch die Regierung, in der damals die Vertreter der SPD saßen! — auf diesem Gebiete vorgearbeitet und alles das geleistet hatten, was zu leisten möglich war. Diesem Problem — ich nehme Bezug auf den Antrag der SPD- den sie im vorigen Landtag eingebracht hat — werden wir auch in Zukunft unserer größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Nach Auffassung meiner politischen Freunde und nach meiner eigenen schulpolitischen und pädagogischen Erfahrung birgt das Problem der Schulgeldfreiheit aber das der **Begabtenförderung**, das der **Begabtenauslese** in sich, ohne dessen Lösung man zu einer Nivellierung käme. Es entsteht (C) dabei die Gefahr — wenn ich die Rede des Herrn Kollegen Johnen richtig verstanden habe, wollte er das gleichfalls zum Ausdruck bringen —, daß sich auf diesem Wege unter Umständen die Omnipotenz des Staates der Freiheit — besonders vom Elternwillen aus gesehen — auf dem Gebiet des Schul- und Erziehungswesens entgegenstellen könnte.

(Beifall)

Wir müssen diese Dinge sorgfältigst prüfen, und niemand ist berechtigt, uns — ich möchte dieses Wort einmal ganz breit aussprechen — einer unsozialen oder asozialen Haltung zu bezichtigen, wenn wir nicht sofort in der Lage sind, aus dem Handgelenk ein solch schweres Problem so zu lösen, daß vom Standpunkt meiner politischen Freunde aus gesehen, insbesondere die beiden Vorbehalte, die ich eben machte, berücksichtigt werden.

Daß der Herr Ministerpräsident endlich die Konsequenz gezogen hat, die **Zusammenlegung der drei Ministerien** in das sogenannte **ASOW-Ministerium** wieder **rückgängig** zu **machen**, ist ein Akt politischer Einsicht und politischer Klugheit. „Das sind die Weisen, die durch Irrtum zur Wahrheit reisen." Ich will dieses Wort nicht weiter aussprechen. Sie wissen, daß wir vom Zentrum uns immer bei allen Beratungen, die diese Fragen berührt haben, auf den Standpunkt gestellt haben, daß allein die Schaffung von Wohnraum einen besonderen Minister ohne irgend welche bürokratischen Hemmungen und Bindungen erfordert. Herr Wiederaufbauminister, ich weiß, daß Sie frei davon sind, und wir begrüßen es, daß sich ein Minister dieser Aufgabe wieder (D) voll und ganz widmet. Ich unterstreiche noch einmal, daß uns die beste Lösung aller schul- und kulturpolitischen Fragen nichts nützt, wenn wir nicht über **gesunde Wohnungen** verfügen, die allein ein **gesundes Familienleben** ermöglichen.

(Beifall)

Im Augenblick steht dieses Wohnungsproblem für uns im Vordergrund. Wir sind daher der Meinung, es ist gut, daß die drei zusammengelegten Ministerien nun wieder aufgeteilt worden sind. Aber wir sind auch der Auffassung, daß es die sozialen Fragen — nehmt alles nur in allem! — erfordern, in Verbindung mit den Aufgaben, die ein Arbeitsministerium zu erledigen hat, nach Möglichkeit auch wieder in eine Hand gebracht zu werden bzw. in einer Hand zu verbleiben. Auch dem neuen Herrn Arbeitsminister treten wir mit vorbehaltlosen Vertrauen entgegen.

Nun, meine verehrten Anwesenden, möchte ich meine kurzen Bemerkungen — und es sollten nur einige wenige politische Bemerkungen sein — zur Regierungserklärung mit dem Hinweis schließen, daß ich den mich ganz außerordentlich beruhigenden Eindruck habe, daß doch im ganzen Hause der Wille lebendig ist, zum Wohle des Ganzen zusammenzuarbeiten.

Meine Herren von der SPD, schließlich konnten wir neun ja nicht allein in der Opposition bleiben!

(Heiterkeit)

Darum lassen Sie uns wirklich — auch auf Grund des persönlichen starken menschlichen Kontaktes, den dieses Hohe Haus mit Recht sein eigen nennen kann, und den

(A) jeder Unbefangene heute bei den Darlegungen der Fraktionsredner verspürt hat — zusammenhalten, lassen Sie uns zusammenstehen, lassen Sie uns unsere Differenzen klar und deutlich von der Tribüne dieses Hohen Hauses aussprechen! Aber lassen Sie uns — und hier möchte ich mich dem Herrn Ministerpräsidenten anschließen und möchte mich zu dem bekennen, was er in den Schlußsätzen seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat — das Wohl des Ganzen immer im Auge haben! Dann bin ich überzeugt, daß unsere gemeinsame Arbeit für uns alle und für jeden einzelnen auch in den kommenden vier Jahren außerordentlich viel Befriedigung zurücklassen wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dobbert: Das Wort hat Herr Abg. Schneider (Wuppertal).

Schneider (Wuppertal) (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ausgerüstet mit der freundschaftlichen Mahnung des Vorsitzenden der größten Fraktion dieses Hauses betritt der Redner der FDP das Rednerpult.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die Ausführungen des Herrn Kollegen Steinhoff führen mich in Versuchung, mein eigenes Konzept — die Stichworte zu den neun Einzelkapiteln — beinahe zu vergessen und mich in meiner Rede fast ausschließlich mit den Ausführungen des Herrn Kollegen Steinhoff zu beschäftigen.

(Hemsath (SPD): Tun Sie es doch!)

(B) — Ich muß das teilen, Herr Kollege Hemsath; denn ich muß ja auch etwas zu der Regierungserklärung sagen.

Herr Kollege Steinhoff hat erklärt, die CDU habe **bei dieser Wahl eine Million Stimmen verloren,** und sie hätte eigentlich die Konsequenzen daraus ziehen sollen. Nun bin ich zwar nicht Sprecher der CDU-Fraktion, habe aber doch nicht den Eindruck, daß die CDU eine Million Stimmen verloren hat; denn am 6. September des vorigen Jahres ist eine überparteiliche Entscheidung zugunsten einer Konzeption gefällt worden, die allerdings in der Führungsposition durch den Bundeskanzler, der der CDU angehört, vertreten wurde, und ich habe den Eindruck, daß eine ganze Menge von (zur SPD) Ihnen verbundenen Wählern zu dieser Konzeption ja gesagt haben. Trotzdem sind auch aus dieser Landtagswahl gewisse Konsequenzen gezogen worden. Ich meine, die gestrige Vorstellung der Regierung hätte das bestätigt. Die Marschrichtung war nur eine andere, als Sie sie sich verständlicherweise vorgestellt haben.

(Zuruf von der SPD: Also doch nach rechts!)

— Ich komme darauf noch zurück.

Meine Damen und Herren, bei der öffentlichen Submission über die Regierungsbildung hat nicht der Mindestfordernde, sondern offenbar der Zweitmindestfordernde und damit der Meistfordernde den Zuschlag erhalten.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich habe nichts dagegen, daß die unterlegene Partei in diesem Sinne hier öffentlich eine Nachkalkulation abhält; dafür habe ich Verständnis. Nur sind einige Dinge doch wohl noch zu berühren.

Herr Kollege Steinhoff hat sehr richtig von dem **Prinzip des Föderalismus oder des Zentralismus** gesprochen, das man eigentlich nicht ungestraft verlassen könne. Ich glaube, mit dem Prinzip ist es an sich nicht so weit her; denn ich erinnere mich, daß die Bundestagsfraktion meiner Partei vor zwei Jahren im Bundestag einen Antrag auf Einrichtung einer bundeseigenen Finanzverwaltung eingebracht hatte — über die Sache will ich gar nicht sprechen, sondern nur über das Schicksal dieses Antrages —, bei dem wir glaubten, wir könnten in gewisser zentralistischer Nachbarschaft — gestatten Sie mir diesen üblen Ausdruck — auf die Unterstützung der SPD rechnen. Aber wir waren auf der falschen Beerdigung; (C)

(Heiterkeit)

denn inzwischen hatte die SPD durch eine Mehrheit in den Ländern ihr föderalistisches Herz entdeckt, und unser Antrag wurde erster Klasse beerdigt.

(Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD))

— Ich glaube, wir sollten weniger Dogmen haben, als praktische Arbeit leisten.

(Erneuter Zuruf des Abg. Steinhoff (SPD) — Weitere Zurufe von der SPD)

— Nun, Herr Kollege Steinhoff, ich hoffe, Sie in der kommenden gemeinsamen Arbeit davon zu überzeugen, was wir uns jetzt unter Landespolitik vorstellen werden.

Herr Kollege Steinhoff hat von der Koalition CDU/SPD gesprochen. Bei dieser erstrebten Koalition ist mir etwas nicht ganz verständlich. Hier muß ich mich auf die sehr klugen Ausführungen des Herrn Landtagspräsidenten Kollegen Gockeln in seiner Abschlußrede zur zweiten Wahlperiode beziehen. Als er nämlich das Kriterium der parlamentarischen Demokratie ansprach, brachte er zum Ausdruck, daß wir in Gefahr ständen, das echte Gegenüber von Regierung und Parlament dadurch zu verlieren, daß das Parlament aus seinen Reihen meistens die Regierung bildet und der die Regierung bildende Teil damit als Regierungspartei aus dem Gegenüber ausscheidet. Wir werden uns bemühen, in unserer Stellungnahme zur Regierungserklärung unseren Beitrag zu diesem echten Gegenüber zu leisten, indem wir nicht in Bausch und Bogen sagen: „Sehr schön", sondern indem wir die Regierungserklärung genau untersuchen und unsere Vorschläge dazu unterbreiten. (D)

Die **Aufgaben von Opposition und Regierungspartei** sind ja unterschiedlich. Ich denke mir das etwa so, daß wir primär das Positive herausstellen und das Fehlende ergänzen, während die Opposition die Aufgabe hat, das nach ihrer Auffassung Falsche zunächst an den Anfang ihrer Erörterungen zu stellen.

Was wäre denn geschehen, wenn wir zu einer Regierungskoalition CDU/SPD gekommen wären, wenn also nicht gleichzeitig überlegt worden wäre, ein Allparteien-Kabinett zu machen? Dann hätten wir den Zustand gehabt, daß wir zwar eine Opposition geschaffen hätten, daß diese Opposition aber zahlenmäßig gar keine gewesen wäre. Ich kann mir gar nicht vorstellen, welches Interesse daran bestanden hätte. Herr Kollege Hemsath, ich habe nichts davon gehört, daß Bemühungen in der Richtung angestellt worden wären, etwa eine Koalition aller Parteien zu machen. Die jetzige Regierungsbildung

(A) ist durchaus richtig. Wir haben eine ansehnliche Opposition und wünschen, daß diese entsprechend arbeitet.

(Hemsath (SPD): Eine hochmütige FDP!)

— Nein, Herr Hemsath, das können Sie mir weiß Gott nicht vorwerfen. Wenn Herr Steinhoff in so charmanter Weise Äußerungen aus dem Wahlkampf herangezogen hat, um die verwunderliche Nachbarschaft neuerdings zu erklären, dann muß ich dazu folgendes sagen: Wenn politische Partner unterschiedlicher Meinung sind und sich dann zusammenfinden, halte ich das viel eher für erfreulich als für verwunderlich.

(Pankoke (SPD): Aber nicht, wenn sie sich anpöbeln!)

— Dem Herrn Zwischenrufer möchte ich nur dies sagen: Wer einen Wahlkampf mit all seinen Nebenerscheinungen allzu ernst nimmt, der ist noch nicht lange genug in der Politik.

(Widerspruch bei der SPD)

Sodann habe ich einen merkwürdigen Unterricht über Wirtschaftspolitik beim Herrn Kollegen Steinhoff genommen. Ich fürchte, daß ich bei diesem Unterricht eine schlechte Note erhalte. Das **„Wirtschaftswunder"** erläutern zu wollen mit der Tatsache der Unstimmigkeiten unter den Großmächten, war mir völlig neu. Ich habe es bis jetzt nicht begriffen und fürchte, daß ich es auch in Zukunft nicht begreifen werde. Ich bin sogar der Auffassung, daß wir eine Verstärkung des „Wirtschaftswunders" erleben werden, wenn der „Kalte Krieg" beendet ist.

(Zurufe von der SPD: Wenn die Aufrüstung kommt! — Wenn **Dr. Pfleiderer in Moskau** war!)

(B)

— Richtig, Herr Steinhoff! Sie haben gesagt, die FDP sei offenbar nicht immer so einig mit der Außenpolitik des Bundeskanzlers. Nun, ich kann Sie darüber beruhigen. Die Übereinstimmung mit der großen Zielsetzung bedeutet nicht, daß man sich in jeder Einzelmaßnahme, die diese Zielsetzung verwirklichen soll, einig sein muß. Herr Pfleiderer kann im Rahmen der Koalition in Bonn ruhig seine eigene Meinung haben. Die Partner werden das schon untereinander ausmachen.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich darf nunmehr zur Regierungserklärung selber kommen, diese bewerten in dem echten Gegenüber von Parlament und Regierung und Ihnen sagen, daß nach unserer Meinung das, was Herr Kollege Steinhoff glaubte sagen zu müssen, indem er diese Regierungserklärung als farblos bezeichnete, nicht zutrifft. Diese Erklärung ist nicht farblos; wohl ist sie vielleicht von einer anderen Farbe, als Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sich vorgestellt haben. Wir sagen zu dieser Regierungserklärung vorbehaltlich der weiteren Vorschläge, die wir zu machen haben, rundheraus ja, und zwar aus einigen sehr bemerkenswerten Gründen, die Sie mich bitte einmal voranschicken lassen wollen.

Diese Regierungserklärung hat in erfreulicher und deutlicher Weise das **Verhältnis von Land und Bund** bzw. Ländern und Bund erörtert, und zwar in einem Sinne, den wir absolut unterstreichen können, daß nämlich die Länder dienende Glieder des Bundes sind und daß sie sich als Mitglied einer Familie zu fühlen haben. Ich halte das für so bemerkenswert, daß man der Landesregierung für diese ausdrückliche Erklärung dankbar sein sollte. (C)

Was nun die einzelnen Kapitel anbelangt, so lassen Sie mich wie folgt dazu Stellung nehmen!

In der inneren Verwaltung des Herrn Innenministers möchten wir insbesondere herausstellen, daß die Verwaltungsführung nach Erledigung bestimmter Aufgaben und Gesetze nun die kommende Sorge der Landesregierung sein wird. Wir sind sicher, daß diese Aufgabe, wenn sie zielbewußt angefaßt wird, bereits einen Schritt zur Verwaltungsreform darstellen wird.

Nun die **Verwaltungsreform** selber! Es ist doch von niemand unter uns, die wir allesamt in bezug auf die Verwaltungsreform kritisch gewesen sind, erwartet worden, daß sich eine durchgreifende Verwaltungsreform von heute auf morgen verwirklichen läßt. Wir sind sicher, daß eine echte Reform einen bestimmten Zeitraum beansprucht; denn es ist zuviel damit verbunden, und die Länder können nicht von sich aus allein die Verwaltungsreform durchführen, wenn sie nicht zusammen im Bundesrat daran mitwirken, daß auch die Aufgabenstellung des Bundes nach diesen Gesichtspunkten untersucht wird. Wir haben daher die besondere Bitte an die Landesregierung, ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, die Gemeinschaft der anderen Länder im Bundesrat in dieser Frage zu suchen, um von sich aus ein **verwaltungsreformerisches Begehren im Bunde** vortragen zu können, damit auch der **Aufgabenabbau** — das ist vornehmlich Verwaltungsreform, und nicht allein die Entwirrung der Vorschriften — von oben her beginnen möge.

Wir freuen uns ferner, daß die Regierungserklärung so deutlich die Notwendigkeit der Selbstverwaltung unterstreicht. Wir können ihr darin nur absolut folgen. (D)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung macht darüber hinaus sogar bestimmte Vorschläge, indem sie von den **Gemeindesteuern** spricht. Nun, es wird festzustellen sein, in welchem Verhältnis sich die Beibehaltung von Gemeindesteuern zum kommunalen Finanz- und Lastenausgleich in Zukunft bewegen wird. Mir scheint sicher zu sein, daß, wenn wir die Notwendigkeit der Selbstverwaltung erkannt haben, auch der Weg gefunden werden muß, um die Selbstverwaltung mit denjenigen Mitteln auszustatten, deren sie bedarf, um ihre Aufgaben zu erledigen. Aber je erfolgreicher eine Verwaltungsreform ist, und je wirksamer sie sein wird — jeder Gemeindepolitiker weiß, wie hoch der Anteil der Aufgabenverwaltung in den Gemeinden ist; in meiner Heimatstadt haben wir als Stadtrat praktisch nur über 20% zu bestimmen, während 80% Auftragsangelegenheiten sind —, um so freier wird die Gemeinde in der Selbstverwaltung werden können. Wir ersehen daraus den ursächlichen Zusammenhang und zeigen ihn auch der Landesregierung auf.

Lassen Sie mich nun zum Kapitel **Wiedergutmachung** einiges sagen: Man solllte einen Grundsatz überlegen: Die Wiedergutmachung ist uns allen eine Selbstverständlichkeit gewesen. Wir haben im vergangenen Landtag — —

(Zurufe von der SPD: Gewesen!)

— Verzeihung, ich habe die Zurufe nicht verstanden!

(Erneute Zurufe von der SPD: Gewesen!)

(A) — Ich kann das nicht so werten, als sollte darin ein Zweifel bestehen; denn auch meine Fraktion hat ihren Beitrag dazu im vergangenen Landtag geliefert. Über all dem — nicht nur über der Wiedergutmachung — sollte aber der Grundsatz stehen: Wiedergutmachung ist besser als Vergeltung! Wenn die Landesregierung auch bei ihrer praktischen Politik der Wiedergutmachung in diesem Sinne verfährt, dann haben wir keine Sorge, daß eine gerechte Wiedergutmachung ihren Weg findet.

(Hemsath (SPD): Wen meinen Sie bei Wiedergutmachung? Die Nazis?)

— Herr Kollege Hemsath, das ist doch nur eine Unterstellung. Ich habe sie gar nicht gemeint; denn ich habe von der Regierungserklärung gesprochen. In der Regierungserklärung ist das eindeutig festgelegt.

Nun zum Kapitel über die **Finanzpolitik**! An dieser Stelle habe ich mich schon während der vergangenen Legislaturperiode öfter mit der Finanzpolitik auch der letzten Landesregierung beschäftigt, und zwar positiv beschäftigt. Ich möchte das hier noch einmal tun. Mir scheint es bedeutsam zu sein, daß die Landesregierung in einer Zeit, als sich der Kapitalmarkt zu bilden begann und erstarkte, davon abgesehen hat, diesen Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen, sondern vielmehr auf dem Wege der befristeten inneren Anleihe die Finanzprobleme des Landes zu bewältigen bestrebt war. Das ist um so positiver zu bewerten, als wir unter Umständen bei einer grandiosen **Inanspruchnahme des Kapitalmarktes** durch die öffentliche Hand die Nachfinanzierung der Landesmittel im Wohnungsbau mit Sicherheit gefehlt hätte. Das hier anzuerkennen, scheint mir eine be-
(B) sondere Pflicht zu sein. Wenn die Regierungserklärung diesen ihren Standpunkt erneut bekräftigt, dann haben wir das nur zu unterstreichen. Die Mobilisierung der inneren Reserven war zunächst einmal die Aufgabe der Finanzpolitik, aber darüber hinaus auch die Entlastung der öffentlichen Haushalte. Wenn ich das einmal ansprechen darf, Herr Dr. Flecken — wir haben uns in den Ausschüssen und auch im Plenum schon häufiger darüber unterhalten —: Es sollte uns gelingen, den umgekehrten Weg zu gehen und in steigendem Maße den Kapitalmarkt an die Stelle der Landesmittel zu setzen; ich glaube, dann kämen wir zu einer fühlbaren Entlastung der öffentlichen Haushalte. Das scheint mir für die weitere Diskussion auch der einzige Weg zu sein, um eine wirksame Steuerreform fruchtbar werden zu lassen.

Nun zur Kulturpolitik! Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung davon gesprochen, daß er eine **zentrale Kulturpolitik** für verfehlt halte. Er hat gleichzeitig erklärt, die Kulturpolitik auf dem Gebiet des Schulwesens dürfe die Freizügigkeit der Bürger der Bundesrepublik nicht behindern. Lassen Sie mich das in einem einzigen Satz zusammenfassen als Synthese: Bundesbezogene Koordinierung der Länderkulturpolitik macht jede zentrale Kulturpolitik überflüssig, wenn die Länder es schaffen. Wir können der ständigen Kultusministerkonferenz der Länder nur die besten Wünsche auf den Weg geben. Aber den neuen Herrn Kultusminister möchten wir bitten, sein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß es den Ländern gelingen möge, sich in ihrer Kulturpolitik so zu koordinieren, daß Angriffe von daher nicht mehr möglich werden.

(C) Meine Damen und Herren! Man kann aber nicht über Kulturpolitik sprechen, ohne einen Grundsatz in die Debatte zu werfen. Man sollte diesen, die **Geistes- und Gewissensfreiheit**, einmal deutlich aussprechen. Die Erklärungen der Landesregierung zur Kulturpolitik haben eigentlich diesen Grundsatz nach meinem Dafürhalten unterstrichen. Denn es heißt deutlich: Nicht Staat und nicht Kirche bestimmen die Schule, sondern allein die freie Willensbestimmung der Eltern. Lassen Sie mich hier auch auf die Beziehungen zwischen der freien Willensbestimmung der Eltern und Staat und Kirche hinweisen; denn diese bestehen auch. Ich meine, Gewissens- und Geistesfreiheit bedeutet in keinem Falle Enthemmung und Zügellosigkeit, sondern höchste Disziplin. Es ist eine alte Geschichte, daß der Herr der Kirche mit dem Zinsgroschen versucht wurde und daraufhin erklärte: nun gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Wir alle als Staatsbürger dieses Landes haben uns diesen Staat geschaffen, und im Kulturraum des christlichen Abendlandes sind wir unseren Kirchen verpflichtet. Damit ist auch die Beziehung der Elternschaft zu Kirche und Staat hergestellt, und es ist darum richtig zu erklären, daß die Elternschaft die freie Willensentscheidung hat in einem System, das die Auswahlsysteme gleichberechtigt nebeneinander stellt. Das scheint mir, so deutlich herausgestellt, ein besonderes Positivum der Regierungserklärung zu sein.

Nun lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu unseren **Hochschulen und Universitäten** sagen. Ich möchte den Herrn Kultusminister bitten, seine besondere Aufmerksamkeit auch diesen Anstalten zuzuwenden und daran zu denken, daß insbesondere die **geisteswissenschaftlichen Lehrer** an unseren Hochschulen, (D) die nicht die vielen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Naturwissenschaftler haben — die Naturwissenschaften sind doch eigentlich nur ein Kind der Geisteswissenschaften —, daß auch die Hochschullehrer, die eine besondere Führungsaufgabe in unserem Lande haben, indem sie nämlich die geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Kräfte heranbilden, die jene Forschung treiben sollen, die wir zur Aufholung unserer Wirtschaft gegenüber dem Ausland dringend brauchen, in die Lage versetzt werden, mit Ruhe und ohne Sorgen ihren großen Aufgaben nachzukommen. Ich meine, es ist eine besondere Verpflichtung, gerade diese Führungskräfte einmal deutlich herauszustellen.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zu Herrn Dr. Amelunxen kommen. Wir haben in bezug auf die Justiz zu unterstreichen, was in der Regierungserklärung gesagt worden ist, glauben aber doch, noch einige Schwergewichte herausstellen zu müssen, und zwar als erstes die wirklich nicht **ausgewogene Geschäftslast unter den Richtern**, ein Zustand, der zur Folge hat, daß Richter — insbesondere in der Sozialgerichtsbarkeit und in der Arbeitsgerichtsbarkeit — bis in die Nacht hinein sitzen müssen, weil der Überhang an Aufgaben und an unerledigten Fällen so groß ist, daß man deren Erledigung nicht absehen kann. Wir dürfen die Aufmerksamkeit der Landesregierung darauf lenken und darum bitten, daß durch richtige und **vollzählige Besetzung von Richterstellen** eine ausgewogene Geschäftslast — auch in der Arbeits- und in der Sozialgerichtsbarkeit, Herr Minister Platte — hergestellt wird.

(A) Herr Dr. Amelunxen, ich möchte hier noch einen Gedanken vortragen, der schon einmal von meiner Fraktion ausgesprochen worden ist. Es handelt sich um die **Untersuchungshaft**. Wir möchten darum bitten, die Untersuchungshaft so zu gestalten, daß das Gefühl der Rechtssicherheit desjenigen, der sich in Untersuchungshaft befindet, nicht gestört wird. Sie haben schon damals zugesagt, sich dieser Angelegenheit annehmen zu wollen. Wir dürfen der Überzeugung sein, daß die Landesregierung diesen Dingen in ihrer zukünftigen Arbeit gebührende Aufmerksamkeit zuwenden wird.

Ich komme nun zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, zu Herrn Dr. Middelhauve, zum Ministerium für **Wirtschaft und Verkehr**. Wir haben es begrüßt, daß die Regierungserklärung ein nicht zu überhörendes Bekenntnis zur **sozialbestimmten Marktwirtschaft** abgelegt hat. Ich komme beim Sozialetat noch darauf zurück. Wir sind der Auffassung, daß allein aus einer solchen Wirtschaft der größtmögliche Ertrag gewonnen werden kann, der uns zur Befriedigung der Sozialaufgaben zur Verfügung gestellt werden muß.

In der Regierungserklärung wird von einem **Verhältnis der Sozialpartner** gesprochen. Nun, meine Damen und Herren, wir freuen uns, daß in der Zusammensetzung der Landesregierung offenbar schon eine gewisse Garantie dafür gegeben ist, daß dieses Verhältnis auch hier hergestellt ist. Wir zweifeln nicht daran, daß es gelingen wird, ein ordentliches und vernünftiges Verhältnis der Sozialpartner herzustellen.

Nun finden wir allerdings in dem Absatz über den **Verkehr** einen Passus, den wir doch etwas näher er-
(B) läutern müssen. Auf Seite 19 heißt es:

> Der Verkehr leidet unter einem **Überangebot von Verkehrsmitteln.**

Wir dürfen das vielleicht durch folgenden anzuhängenden Satz ergänzen:

> und unter einem **Unterangebot von Straßen.**

Der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr möge sich insbesondere dieses Arguments annehmen. Wir wollen ja nicht sagen, daß wir den Kraftverkehr einschränken wollen, weil unsere Straßen nicht reichen, sondern wir sind der Meinung, daß sich unsere Straßen den Verkehrsbedürfnissen anzupassen haben.

Im Kapitel **Arbeit und Soziales** stellt die Regierungserklärung den erfreulichen Zustand der Vollbeschäftigung im Lande Nordrhein-Westfalen heraus. Wir meinen, daß das Dogma der **Vollbeschäftigung** hier im Lande Nordrhein-Westfalen weitgehend in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Das ist um so erstaunlicher, als gerade das Land Nordrhein-Westfalen ein besonderer Anziehungspunkt für alle jene Kräfte geworden ist, die in den angrenzenden Gebieten, in Bayern sowie in Schleswig-Holstein nicht zu einem Arbeitsplatz kommen konnten und wir daher eine Überwanderung unseres Landes allein aus diesen arbeitspolitischen Gründen festzustellen haben. Trotzdem haben wir im Lande Nordrhein-Westfalen einen Beschäftigungsgrad erreicht, der sehr beachtlich ist.

Die Regierungserklärung beschäftigt sich ferner mit der **Versorgung der Kriegsfolgen-Belasteten**. Wir können ihr hierin nur folgen und die Regierung auffordern und unterstützen, das in der Regierungserklärung Gesagte nun auch in die Tat umzusetzen. Was auf dem allgemeinen (C)
politischen Gebiet gilt, gilt hier in besonderer Weise. Ich meine dies: Die parteipolitischen Unterschiede sind nicht anderswertig, sondern andersartig zu verstehen. Es gibt nicht den Unterschied von sozial und unsozial. In diesen Dingen sind wir alle Konkurrenten, vielleicht mit unterschiedlichen Methoden, in vielen Dingen auch mit gleichen Methoden.

(Hemsath (SPD): Wie ist es mit den Leistungen?)

— Was verstehen Sie unter Leistungen?

(Hemsath (SPD): Ist der Begriff der Konkurrenz auch irgendwie mit den Leistungen in Einklang zu bringen?)

— Ja, wir verstehen folgendes darunter. Wenn sich die gesunde Konkurrenz auch der verschiedenartig gelagerten Partner innerhalb der Parteien richtig auswirkt, muß dabei die beste Leistung herauskommen, und jeder der politischen Partner kann und sollte für sich in Anspruch nehmen, sich in bezug auf soziale Gesinnung und sozialen Willen von keinem übertreffen zu lassen.

Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß sich die Regierungserklärung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens insbesondere der **Kinderlähmung** und des **Krebses** angenommen hat. Wir stellen dabei fest, daß hier ein altes Anliegen von uns, die Krebsforschung, noch einmal deutlich unterstrichen wird. Wir dürfen den Herrn Minister für Arbeit und Soziales bitten, sich gerade dieser Dinge besonders anzunehmen; denn, meine Damen und Herren, Vorbeugen ist besser als Heilen, und wenn wir alles tun, was in unserer Macht steht, dann leisten wir — glaube ich — einen wesentlichen und auch sozialpoliti- (D)
schen Beitrag.

Lassen Sie mich zum **Landesjugendplan** folgendes sagen! Ich habe leider im Landesjugendplan die etwas deutlichere **Herausstellung des Sports** vermißt. Die Pflege des Sports gehört zur Jugendpflege, und wir sollten — der Herr Ministerpräsident ist leider nicht da — unsere Aufmerksamkeit darauf richten, die Bestrebungen des Sports für unsere Jugend zu unterstützen. Denn auch hier gilt der Grundsatz: Vorbeugen ist besser als Heilen; denn eine — nicht im sinnlosen Spitzenkampf — sportlich gestählte Jugend bildet die beste Garantie für eine gesunde Jugend. Was nun die Jugendveranstaltungen anlangt, so möchte ich wünschen, daß die für den Landesjugendplan vorgelegten Pläne so rechtzeitig bearbeitet werden, daß sie nicht aus Termingründen ins Wasser fallen müssen.

Ein letztes Wort zu den **Jugendbauten**! Auch hier möchte ich anregen, die Mittel nicht zu sehr zu streuen, sondern die Jugendbaumittel so zu konzentrieren, daß den bezuschußten Bauvorhaben wirklich geholfen wird.

Ich komme nunmehr zur **Landwirtschaft**. Wir bejahen die Erklärung der Regierung zu den Aufgaben auf dem Gebiete der Ernährung und der Landwirtschaft und erkennen auch die im einzelnen aufgeführten, als vordringlich bezeichneten landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen an. Wir dürfen aber den Herrn Landwirtschaftsminister darauf aufmerksam machen, daß es auch für ihn eine ständige Sorge sein sollte, das **Preis- und Lohnniveau in der Landwirtschaft im rechten Verhältnis zu der übrigen Wirtschaft** zu sehen. Man darf sicherlich

(A) nicht leichtfertig darüber sprechen und sagen, es müsse so und so angeglichen werden. Es ist aber, da 80% der Landwirtschaft aus Klein- und kleineren Mittelbetrieben bestehen, eine ernste Sorge. Wir wünschen, daß sich die Landesregierung dieser Sorge annimmt. Darüber hinaus wünschen wir, daß auch dem **Ausbau des ländlichen Berufsschulwesens** besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ferner muß überlegt werden, ob die **Landwirtschaftskammern** auf dem Gesetzeswege zu **Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung** gemacht werden sollen. Ich weiß nicht, Herr Minister Dr. Peters, wie weit Ihre Vorarbeiten auf diesem Gebiet gediehen sind. Wir wären Ihnen dankbar, wenn wir darüber in den nächsten Monaten Ihre Gedanken hören könnten.

Ferner bitten wir, daß auch recht bald im Interesse der Gerechtigkeit gegenüber unseren Grenzlandbauern die **Traktatfrage** gelöst wird.

Sodann hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung den **Abbau der Braunkohle im linksniederrheinischen Gebiet** berührt. Wir machen die Landesregierung darauf aufmerksam, die Möglichkeit zu prüfen, ob der in Anspruch genommenen Landwirtschaft — Kollege Johnen hat dieses Thema auch bereits erwähnt — Ersatzland zur Verfügung gestellt werden kann, falls eine Rekultivierung der ausgebeuteten Gebiete nicht mehr möglich ist.

Lassen Sie mich schließlich bei der Landwirtschaft noch eine Frage erörtern, die wir auch schon einmal beim Thema Wiederaufbau behandelt haben! Es muß dafür gesorgt werden — und das wird Sache des Herrn Wiederaufbauministers sein —, rechtzeitig für jene Bewohner von **Werkswohnungen der Landwirtschaft** Ersatzwohnungen zu schaffen, die in einen anderen Beruf überwechseln, damit die Wohnungen der Landwirtschaft ihrem eigentlichen Verwendungszweck auch in Zukunft dienen können.

(B)

Damit komme ich zu meinem ureigensten Fachgebiet, dem **Wiederaufbau**. Zu meinem Bedauern habe ich eigentlich noch keine Rechtfertigung für die **Zusammenlegung der drei Ministerien** gehört. Ich habe diese Zusammenlegung nie falsch verstanden. Sie ergab sich damals doch durch die Errichtung der Bundesanstalt und durch die Einrichtung der Landschaftsverbände, so daß bei den Ministerien für Arbeit und Soziales der größte Teil der Aufgaben wegfiel. Das Wiederaufbauministerium war personell ein kleines Ministerium, und zwar beschäftigte es 220 bis 260 Beamte, Angestellte und Arbeiter einschließlich Putzfrauen. Daher lag es nahe, die beiden geschrumpften Ministerien mit dem Wiederaufbauministerium zusammenzulegen. Die neuerliche **Herauslösung des Wiederaufbauministeriums** kann ich nicht dahin verstehen, daß man eingesehen habe, daß etwa zwei fremde Sachgebiete zusammengebracht worden seien. Ich meine, daß ein besonderer Grund für die Ausgliederung dieses Ministeriums besteht, der darin zu suchen ist, daß nunmehr eine Möglichkeit gegeben ist, eine **stärkere Konzentration der Bauaufgaben im Lande** durchzuführen, wie es an einer Stelle in der Regierungserklärung heißt. Uns ist bekannt, daß sich die bauwirtschaftlichen Verbände — ich glaube, es sind 27 — seit einem ¾ Jahr mit dieser Frage beschäftigen. Sie haben auch bereits dem Herrn Ministerpräsidenten diese Angelegenheit vorgetragen. Ich kann die Regierungserklärung nur dahin verstehen, daß das Wiederaufbauministerium ausgegliedert wurde, um untersuchen zu können, ob bei der dringend notwendig gewordenen stärkeren Konzentration aller Bauaufgaben dieses Wiederaufbauministerium zu einem echten Bauministerium werden kann. Ich glaube, daß wir auf diesem Gebiet auch mit den Damen und Herren der Opposition einig sind.

(C)

(Hemsath (SPD): Ausgezeichnet, wir warten darauf! — Wiederaufbauminister Weyer: Sie müssen zum Herrn Finanzminister sprechen!)

— Der Herr Finanzminister kennt meine Auffassung. Wir bleiben im Gespräch.

Der Fehlbestand von 900 000 Wohnungen in unserem Lande läßt nach wie vor den Wohnungsbau als Aufgabe Nr. 1 erkennen. Wir werden bei den nächsten Etatberatungen Gelegenheit haben festzustellen, ob die Regierung gewillt ist, dieser Aufgabe in der entsprechenden Weise nachzukommen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren nicht zu beklagen gehabt; das möchte ich einmal ausdrücklich feststellen.

Die Regierungserklärung spricht ferner von der **Vereinfachung und Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens**. Ja, meine Damen und Herren, darüber sprechen wir wohl schon so lange, wie es Bewilligungsverfahren gibt, und ich kann dem neuen Herrn Wiederaufbauminister nur sagen, daß dies vielleicht das dornenvollste Kapitel sein wird; denn da der große Teil der Mittel über den außerordentlichen Etat mit seinen Zweckbindungen kommt, ist der Abbau keine leichte Aufgabe, und der Herr Wiederaufbauminister wird wohl auch im Bundesrat seine Stimme erheben müssen, um dort gewisse Voraussetzungen zu schaffen, die eine Vereinfachung insbesondere im Bewilligungsverfahren durchführbar machen.

(D)

Es gibt aber noch ein weiteres Mittel — soweit ich unterrichtet bin, hat die Landesregierung schon eine geraume Zeit darüber beraten —, nämlich eine Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens dadurch durchzuführen, daß **das Wiederaufbauministerium** durch eine irgendwie geartete Anstalt **von Aufgaben entlastet** wird, **die nicht zu seinen eigentlichen Aufgaben gehören.** Ich hoffe, daß dieses Problem nicht im Schoße der Landesregierung einschläft. Sollte dies doch geschehen, dann würde ich — trotz Ihres kritischen Blickes, Herr Dr. Meyers — die Landesregierung sehr deutlich daran erinnern müssen.

(Innenminister Dr. Meyers: Ich bezweifle eine Vereinfachung durch Vermehrung von Behörden!)

— Herr Dr. Meyers, wenn es so einfach wäre, wie Sie es darstellen, könnte ich Ihnen folgendes deutlich sagen: Gäben wir die Bauten der Besatzungswohnungen, der Wohnungen für Zoll, Grenzschutz, Arbeitsverwaltung usw. in die betreuerische Durchführung der entsprechenden Organe der Wohnungsbauwirtschaft bei gleichzeitiger Beschränkung der Staatsaufgaben auf Lenkung und Feststellung, dann kämen wir zu einem sehr beachtlichen Behördenabbau bei dem größten Regiebetrieb des Landes.

(Zuruf von SPD: Der hat es Ihnen aber gesagt, Herr Minister!)

— Ich weiß nicht, ob der Herr Zwischenrufer dieses Problem kennt; die beiden Herren, die ich angesprochen habe, kennen es bestimmt.

(Zuruf von der SPD)

(A) Wir freuen uns ferner darüber, daß die Regierungserklärung sehr deutlich die Notwendigkeit von Eigentumsmaßnahmen herausstellt. Daran aber kann ich nicht vorübergehen, ohne auch ein Wort zur **sozialen Mietpolitik** zu sagen.

Wir sind der Meinung, daß wir — je länger, desto mehr — in steigendem Maße dazu kommen müssen, eine Trennung herbeizuführen und jenen Bevölkerungskreisen, die echt bedürftig sind, auf sozialpolitischem Wege in der Frage der Wohnungsmiete helfen müssen, daß wir aber denjenigen Bevölkerungskreisen, die in der Lage sind, eine Marktmiete aufzubringen, dieses auch zumuten. Das verstehen wir auch unter Sozialpolitik im Wohnungsbau.

(Hemsath (SPD): Ist das eine Bundesangelegenheit?)

— Natürlich ist das eine Bundesangelegenheit, Herr Hemsath. Aber es ist auch eine Länderangelegenheit. Sie wissen, daß es gerade hierbei immer um Zustimmungsgesetze geht, ja, es gibt kaum ein Gesetz auf dem Gebiete des Bauwesens, das nicht Zustimmungsgesetz ist, und darum hat hier der Bundesrat eine entsprechende Haltung einzunehmen.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu dem sogenannten kitzligen Punkt, nämlich dem Landesminister für Bundesangelegenheiten, dem **Verhältnis von Ländern und Bund**. Herr Kollege Johnen hat in sehr freundlicher Weise dieses Verhältnis berührt. Lassen Sie mich dies etwas anders sagen. Ich habe nicht erwartet, daß hier etwas zitiert worden wäre: Im Himmel herrscht über einen reuigen Sünder mehr Freude denn über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. Die Zahl 99 ist (B) aus diesem Wort und nicht aus dem Parlament entnommen.

(Heiterkeit)

Ebensowenig möchte ich mich des kaltschnäuzigen Arguments bedienen: was kann ich für mein dummes Geschwätz von gestern!

(Zuruf von der SPD: Heute!)

— Augenblick, Sie kommen noch dran! Das möchte ich weder beziehen auf unsere Tolerierung des Ministers für Bundesangelegenheiten noch auf gewisse Koalitionsbemühungen von gestern, noch auf Auseinandersetzungen im Wahlkampf — sie alle sind hier zur Sprache gekommen —, sondern ich möchte folgendes sagen. Wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer den Herrn Ministerpräsidenten Arnold besucht, dann verstehen wir darunter nicht einen Besuch von Haus zu Haus, sondern wir verstehen darunter, daß die Bewohner eines Hauses von verschiedenen Etagen ihre Erfahrungen austauschen. Wir möchten die Einrichtung der Verbindungsstelle von den Ländern zum Bund nicht überbewerten. Aber in einem Konkurrenzkampf der Länder, der nun einmal eingesetzt hat — offenbar sollte man nach Möglichkeit in Bonn durch einen stellvertretenden Ministerpräsidenten vertreten sein —, ist es verständlich, daß ein Land nicht schlechte Sitten durch ein gutes Beispiel verdirbt.

(Zurufe von Abg. Brockmann (Z) und Abg. Tollmann (Z))

Ich glaube, das ist entschieden worden. Wir sind also aus durchaus verständlichen Gründen zu unserer Haltung in der Vergangenheit gekommen. Wir wollen hoffen, daß das Verhältnis von Ländern und Bund sich so gestalten (C) möge, daß es auch unserer Vorstellung in der Vertretungsfrage der Länder beim Bund entspricht.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Ich habe aber noch einmal deutlich zu unterstreichen, daß das Bekenntnis der Regierungserklärung in der Beziehung von Ländern und Bund und auch in der Beziehung der Länder zu den Aufgaben des Bundes in der Außenpolitik uns tief befriedigt hat und wir feststellen können, daß sich dieses Land seiner Verantwortung dem Bunde gegenüber bewußt ist und sich als dienendes Glied dieses Bundes fühlt und daß solche Überlegungen auch dazu geführt haben, daß sich die gestern installierten Kräfte, denen wir alles Gute wünschen, in der Landesregierung zusammengefunden haben, wobei wir auf eine positive und konstruktive Unterstützung durch die starke Opposition dieses Hauses hoffen.

(Beifall bei der FDP und CDU)

Vizepräsident Dobbert: Meine Damen und Herren! Wird das Wort weiter gewünscht? — Herr Kollege Steuer!

Steuer (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinhoff hat zur **Wahl des Präsidiums** heute nochmals festgestellt, daß seine Fraktion nicht für mich gestimmt hat. So zu verfahren, war das gute Recht seiner Fraktion, wenn sie so verfahren wollte. Genau so aber war es das gute Recht der FDP-Fraktion, aus ihrer Mitte denjenigen als Vizepräsidenten vorzuschlagen, den s i e vorzuschlagen für richtig hielt. Das eine Recht hat also die SPD-Fraktion für sich in (D) Anspruch genommen und die FDP-Fraktion das andere. Wohl keine Fraktion wird der Auffassung sein, daß sie einer anderen eine Auswahl unter i h r e n Mitgliedern überlassen könnte. Ich glaube, man kann auf der Basis gegenseitiger Respektierung der Rechte jeder Seite, ungeachtet dessen, wie man sich persönlich gegenseitig beurteilt, durchaus miteinander auskommen.

Daß ich deutschnationaler Politiker war, seit es eine Deutschnationale Volkspartei gab, ist bekannt, und das bestreite ich nie. Das war eine nach meiner Überzeugung richtige Konsequenz aus der ganzen politischen Situation, der ich und andere damals gegenüberstanden. Ich war auch nach 1933 noch im Reichstag, aber auch das nur als einer der Vertreter der früheren Deutschnationalen Partei. Weder damals noch späterhin bis 1946 bin ich Mitglied einer anderen Partei gewesen.

(Zuruf von der SPD: So?)

— Ja, so war es.

Ich glaube, es ist gegenwärtig nicht an der Zeit und auch nicht unsere heutige Aufgabe, uns die Leistungen und die Fehler in der Politik der Vergangenheit gegenseitig aufzurechnen. Ich würde dieser Aufrechnung mit Ruhe entgegensehen; natürlich würde ich dann auch für die Gegenseite ein Fehlerkonto aufschlagen. Das würde dann aber eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Heute sollten wir wohl darauf verzichten.

Herr Steinhoff hat anscheinend Sorge, ob die ausgeprägt **kulturelle Einstellung des Herrn Dr. Middelhauve** ihn gerade zum Wirtschaftsminister qualifiziert. Ich weiß nicht, ob es für eine Fraktion klug ist, mit

(A) einem solchen Gesichtspunkt zu operieren. Man könnte dann nämlich bei jedem Minister, der irgendwo und -wann von einer politischen Partei als ihr Exponent herausgestellt worden ist, fragen, ob er auf Grund seiner bisherigen Berufstätigkeit gerade für die Funktion, die er übernahm, besonders gut qualifiziert und dann so gut qualifiziert war, wie Dr. Middelhauve. Von diesem ist immerhin nicht nur seine Vertrautheit mit Schriftstellern und Musikern bekannt, sondern auch, daß er sich im Wirtschaftsleben eine achtbare Position als selbständiger Unternehmer aufgebaut hat. Er bringt somit auch aus eigener Erfahrung sehr viel in sein Ministerium mit, sicher mehr, als mancher andere unter entsprechenden Umständen mitbrachte.

(Steinhoff (SPD): Ich habe es im ganz anderen Sinne erwähnt!)

— Gut!

(Steinhoff (SPD): Ich bezog mich auf Dr. Middelhauves Äußerungen aus dem Wahlkampf!)

— Herr Steinhoff, was im **Wahlkampf** alles mögliche gesagt wird, das gleicht dem Munitionsaufwand im Kriege. Es kommt nachher doch nur noch auf den Effekt an, der damit erzielt wurde.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Steinhoff, wenn wir unseren Wahlkampf besonders intensiv gerade gegen jene Partei geführt haben, mit der wir jetzt eine Koalition bilden, dann geschah das aus einer ganz klaren Überlegung. Bei der parlamentarischen Kräfteverteilung, unter der dieser Wahlkampf stattfand, war es unser Ziel, dafür zu sor-
(B) gen, daß sich diese Kräfteverteilung ändere.

(Steinhoff (SPD): Das war immer so!)

Wir haben in diesem Wahlkampf also unsere Hauptwahlkampfrichtung bewußt rationell ausgewählt. Nun hat sich das so ergeben, wie Sie es selbst, Herr Steinhoff, nicht ohne Befriedigung heute feststellten: Die Mehrheitsverhältnisse dieses Hauses haben sich geändert! Infolgedessen muß man auch die Basis der Regierungsbildung ändern! Nun kommt unser Unterschied in der Beurteilung: Diese Änderung ist nicht so gekommen, wie Sie sie für wünschenswert hielten. Wiederum war es Ihr gutes Recht, zu wünschen, daß sich die Entwicklung nach der anderen Richtung hin gestalten sollte. Aber so kam es eben nicht!

(Zuruf von der SPD: Reizen Sie mich nicht!)

— Ich will Sie gar nicht reizen. Aber ich muß doch sagen, daß es diesmal der normale Entwicklungsgang gewesen ist.

(Zuruf von der SPD: Das unterstellen Sie doch!)

Ihre Zeitung hat eine sehr schöne Karikatur gebracht. Sie hat mir gefallen; der Mann, der sie angefertigt hat, kann Karikaturen zeichnen. Es war die Karikatur eines politischen Brautpaares, bei der die CDU als Braut mit wenig Liebreiz, aber desto größerem Umfang dargestellt ist, und die FDP als Bräutigam. Dahinter kommt Herr Brockmann vom Zentrum en miniature als Träger des Schleiers. Dieses Bild ist aber unvollständig; denn es hat die vierte Fraktion dieses Hauses, eine große Fraktion, vergessen. Diese Fraktion, die sozialdemokratische, hätte ebenfalls gezeigt werden müssen, und das wäre auch wirklich leicht gewesen: An den Rand des Weges brauchte man als symbolische Figur der SPD nur den Trompeter von Säckingen zu stellen, der der Braut, der CDU, trauernd nachbläst: (C)

Behüt dich Gott! es wär' zu schön gewesen,
Behüt dich Gott! es hat nicht sollen sein!

(Stürmische Heiterkeit und lebhafter, anhaltender Beifall)

Nun glaube ich, daß es trotz allem möglich sein sollte — das wurde ja im Grunde auch von allen Seiten hier betont —, in einem klaren, sachlichen und vernünftigen Gegen- und **Zusammenspiel von Opposition und Regierungsparteien** für das Land brauchbare Ergebnisse in der Gesetzgebung zu erzielen. Zweifellos kann sie nicht in schematische Formen gepreßt werden. Das ist im Bundestag nicht so, und auch hier wird es nicht so sein. Wenn Sie von der SPD glauben, irgendein Gesetz am besten zusammen mit der CDU gegen unseren Widerspruch machen zu können, dann bitte: Versuchen Sie es! Und wenn sich ein anderes Mal ergibt, daß in den sachlichen Beratungen Ihre Meinung der unseren näher steht, als die Meinung der CDU, können sich auch aus einer solchen Situation entsprechende sachliche Konsequenzen ergeben. Die parlamentarische Frontstellung: „Opposition contra Regierungskoalition" schließt die Möglichkeit sachlicher Übereinstimmung nie aus.

(Lebhafter Beifall)

Es kommt nur auf die praktische Probe an und darauf, (D) daß trotz aller Gegensätze für unser deutsches Volk Positives geleistet wird.

(Beifall rechts — Zuruf von der SPD: Eine wunderbare Koalition!)

Vizepräsident Dobbert: Das Wort hat Herr Kollege Brockmann.

Brockmann (Z): Meine Damen und Herren! Herr Steuer und ich, wir kennen uns schon aus dem preußischen Landtag.

(Sehr gut! bei der SPD)

Darüber will ich weiter kein Wort verlieren; denn ich möchte im „Bilde" bleiben. Also: Ein Schleppen- oder ein Schleierträger kann für das Brautpaar oft sehr unangenehm sein. Oft entwickelt sich eine solche Schleppe zur Leine, und, Herr Steuer, Sie dürfen davon überzeugt sein: Ich werde Ihnen gehörig auf die Schleppe treten, wenn Sie nicht das tun, was wir (auf die Mitte zeigend) für richtig halten.

(Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall in der Mitte und links)

Präsident Gockeln: Mit dieser einhelligen Antwort des Hauses ist die Beratung geschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann haben wir die Punkte 1 und 2 erledigt. Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung:

(Präsident Gockeln)

(A)

Antrag der Fraktionen der CDU und FDP und der Abgeordneten des Zentrums auf Übernahme und Ergänzung der bisher geltenden Geschäftsordnung

— Drucksache Nr. 1 —

Wird zur Begründung das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Kollege Dobbert.

Dobbert (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP und der Abgeordneten des Zentrums Drucks. Nr. 1, über den wir jetzt beraten und abstimmen sollen, behandelt die Frage der Weiterregelung und die eventuelle Ergänzung der Geschäftsordnung. Die Herren Kollegen, die den Antrag Drucks. Nr. 1 unterzeichnet haben, haben auf eine Begründung verzichtet. Wir haben uns bereits in einer Sitzung der Fraktionsführer mit der dem Antrage Drucks. Nr. 1 zugrunde liegenden Tatsache beschäftigt und waren der Meinung, daß die durch den Antrag aufgeworfene Frage im Parlament durch Abstimmung geklärt werden müsse.

Um was handelt es sich? Es handelt sich um die Frage, wie viele Abgeordnete einer politischen Richtung nach den Grundsätzen einer Geschäftsordnung zur Bildung einer Fraktion nötig sein sollen. Bis zum Jahre 1950 haben wir im Hause allgemein den Grundsatz vertreten, daß zu einer Fraktion wenigstens zehn Abgeordnete gehören müssen. Dann ist im Jahre 1950 eine Änderung

(B) der Geschäftsordnung erfolgt. Sozusagen im frühen Morgenlicht seines Ruhms als Fraktionsvorsitzender der CDU hat Herr Kollege Johnen dann eine schneidige Husarenattacke dafür geritten, daß der Fraktion der KPD die Fraktionseigenschaft aberkannt werden sollte.

(Johnen (CDU): Habe ich gar nicht gewollt!)

Die Begründung, die damals nicht nur von Herrn Kollegen Johnen, sondern auch von anderen Kollegen dieses Hauses gegeben wurde, war unter anderem die, daß die Tätigkeit einer Fraktion in diesem Hause nach den Grundsätzen der Verfassung, nach den Richtlinien, nach den Prinzipien und dem Inhalt des Grundgesetzes ausgerichtet sein müßte. Dagegen ist kaum etwas zu sagen. Das sind die selbstverständlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung als Fraktion überhaupt. Ganz klar!

Wenn meine Freunde dennoch Bedenken hatten, der KPD durch eine Änderung der Zahl der Abgeordneten, die für eine Fraktionsbildung erforderlich sind, die Fraktionseigenschaft abzuerkennen, dann hatte das nichts damit zu tun, daß wir etwa der damaligen Fraktion der KPD — ihren einzelnen Mitgliedern oder der Gesamtheit ihrer Mitglieder gegenüber — oder der gesamten Kommunistischen Partei oder dem gesamten Bolschewismus gegenüber freundschaftlich gesinnt gewesen wären. Im Gegenteil! Wir haben uns stets und mit nicht zu mißdeutender Schärfe von der KPD und dem Bolschewismus distanziert, und zwar so, daß man es beim besten Willen nicht schärfer tun und zum Ausdruck bringen kann. Das wird auch weiterhin unser Standpunkt sein.

Dennoch waren wir — das sagte ich bereits — der Meinung, daß es nicht glücklich war, die für die Bildung einer Fraktion notwendige Zahl von Mitgliedern von 10 auf 15 zu erhöhen. Wir gingen dabei von einfachen Zweckmäßigkeitserwägungen aus, weil wir, um eine parlamentarische Ordnung der Dinge herbeizuführen, jedem Abgeordneten, sofern er nicht gegen das Grundgesetz oder gegen die Landesgesetze verstößt, oder auch einer Gemeinschaft von Abgeordneten die Möglichkeit geben wollten, in den Ausschüssen entscheidend mitzuarbeiten. Wir haben das damals sehr deutlich betont, und ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß kein Geringerer als der von allen Mitgliedern dieses Hauses hochverehrte Herr Kollege Carl Severing dieser Meinung sehr beredt Ausdruck gegeben hat. Aber es ist dann anders beschlossen worden, und ich habe nicht den Eindruck — ich kann das, glaube ich, als eine Art Nekrolog sagen —, daß die Initiatoren dieser Entscheidung — darunter der sehr verehrte Herr Kollege Johnen — später über das Kind, das zur Welt gekommen ist — Zahl 15 —, eine besondere Freude empfunden haben. Es hat sich herausgestellt — das muß hier mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck kommen —, daß der damalige Beschluß eine Fehlentscheidung war (C)

(Sehr wahr! bei der SPD)

und daß man sich sehr wahrscheinlich aus politischen Ansehensgründen nicht dazu bereitgefunden hat, eine Fehlentscheidung zu korrigieren. Das zur Sache selbst!

Aber das Entscheidende ist: Wir haben damals — nicht mit unseren Stimmen, sondern mit den Stimmen einer Mehrheit in diesem Hause, mit den Stimmen, zu denen damals auch die der Fraktion des Zentrums zählten,

(Widerspruch beim Zentrum) (D)

so beschlossen. Ich habe die Protokolle alle hier, meine Herren! Wenn es Sie gelüstet, daß ich hier die Protokolle verlese, dann bin ich gern damit einverstanden. Sie können aber ohne Sorge sein, Herr Kollege Warczak, ich habe gar nicht die Absicht, in Wunden zu rühren, sondern ich habe nur die Absicht, hier etwas festzustellen, was von meinem Standpunkt aus zur Ordnung im Parlament und zu den Grundsätzen der Gerechtigkeit gesagt werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was zur Sache zu sagen ist, ist folgendes. Wen man sich eine Geschäftsordnung gibt, dann muß sie weitestgehend Allgemeingültigkeit haben. Sie braucht nicht bis ins letzte Tüpfelchen über dem i jederzeit Erfüllung zu finden. Selbstverständlich soll eine Geschäftsordnung auch dynamisch gehandhabt werden; darüber bestand im Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität volle Übereinstimmung.

Wir halten es — und darauf kommt es an; ich will auf den Kern der Dinge kommen, um mich nicht in weiteren Erörterungen zu verlieren —, nachdem damals gegen unseren Willen beschlossen worden ist, daß eine Fraktion 15 Abgeordnete zählen muß, vom Standpunkt einer wirklichen parlamentarischen Ordnung und vom Blickfeld der Gerechtigkeit aus nicht für richtig, diese Zahl zu reduzieren und so in Wirklichkeit eine Lex Zentrum zu schaffen, um den neun Kollegen des Zentrums die Fraktionseigenschaft zuzuerkennen.

(Brockmann (Z): Aber wir sind doch keine Kommunisten!)

(A) — Herr Kollege Brockmann, man kann die Geschäftsordnung nicht jederzeit nach opportunistischen Gesichtspunkten auswechseln.

(Zustimmung bei der SPD)

Es muß eine Ordnung der Dinge da sein.

Nun sind Sie durch das Wahlergebnis — Sie wissen, daß das nicht gegen Sie persönlich geht, meine Herren vom Zentrum — mit neun Abgeordneten wieder hierher zurückgekehrt. Wir glauben, daß es nicht angeht, nun jedesmal die Geschäftsordnung und die Fraktionsstärke zu ändern, weil das auch einer kontinuierlichen parlamentarischen Ordnung widerspricht, deren große Grundsätze wir wenigstens einhalten wollen.

Von verschiedenen Damen und Herren ist im Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität zum Ausdruck gebracht worden, daß man ja nun dafür sorgen müsse, nicht den kleinen und kleinsten Gruppen — so hat sich beispielsweise Herr Dr. Six geäußert — die Möglichkeiten zu geben, die man den größeren, nicht ständig fluktuierenden Gruppen einräumt. Bei einer anderen Gelegenheit ist zum Ausdruck gekommen, daß man doch nicht immer wechseln könne, soweit die Fraktionsstärke eine Rolle spiele.

Ich will nun aber auch die andere Seite der Sache erwähnen. Im Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität ist von den Herren Kollegen des Zentrums — in erster Linie von Herrn Kollegen Brockmann — auch auf die Schwierigkeiten einer zu starren Regelung hingewiesen worden. Herr Kollege Brockmann hat damals aus seiner Praxis und aus einer gewissen Grundsätzlichkeit (B) dann zum Ausdruck gebracht, daß man ja schließlich auch andere Möglichkeiten finden könne, daß man bei der Bildung einer Fraktion andere Stärkeverhältnisse zugrunde legen könne. Man hat sich im allgemeinen gegen diese Auffassung gewährt, Herr Kollege Brockmann.

(Brockmann (Z): Ihr Vertreter nicht, er hat mir zugestimmt!)

— Man wollte — lassen Sie mich das noch eben sagen — eine Ordnung der Dinge haben. Das war das Erstgegebene, und daran knüpfe ich an. Damals hat Herr Kollege Brockmann durchaus richtig und vom demokratischen Standpunkt aus aller Ehren wert zum Ausdruck gebracht, wenn nun das Schicksal sozusagen gegen eine bestimmte Gruppe oder gegen eine bestimmte Partei entscheide, dann müsse man sich als Demokrat dem beugen und sich fügen.

(Hört, hört! bei der SPD)

Das ist damals sinngemäß oder fast wörtlich zum Ausdruck gekommen.

Um was geht es nun heute? Ich möchte mit aller Deutlichkeit erklären, daß meine Freunde das Spiel, das in den letzten Jahren mit verschiedenen Dingen getrieben worden ist, nicht zur Regel werden lassen möchten. Wir haben im Bundestag — und nicht nur im Bundestag — und dann anschließend hier festgestellt, daß das Wahlrecht aus reinen Opportunitätsgesichtspunkten geändert worden ist. Man will jetzt die in das damalige Wahlrecht eingefügte Lex Zentrum oder Lex Brockmann auch in die Geschäftsordnung aufnehmen. Meine Damen und Herren, man kann nicht immer eine Politik betreiben, die nur vom Zweckmäßigen, von der Stunde und vom Augenblick ausgeht. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir haben damals das Empfinden gehabt — ich spreche das ganz offen aus —, daß hier das Gefühl für die Gerechtigkeit — nicht für die absolute, die es vielleicht gar nicht gibt, aber für ein Höchstmaß von Gerechtigkeit — verletzt worden ist. Wenn wir jetzt wiederum dazu übergehen wollen, Ausnahmen zu schaffen, dann geht das zu weit. Dagegen wollen wir uns wenden.

Wir wünschen eine parlamentarische Ordnung und sind der Meinung, daß der Grundsatz, dem wir hier in Nordrhein-Westfalen gehuldigt haben, daß 10 Abgeordnete eine Fraktion bilden können, wieder eingeführt werden sollte. Für diese Zahl haben wir uns eingesetzt, wir haben sie für richtig gehalten. Eine opportunistische Auslegung nach links oder nach rechts haben wir nicht für richtig gehalten.

(Dr. Lünenborg (Z): Ist das die richtige Ordnungszahl?)

— Ob das die richtige Ordnungszahl ist, vermag kein Mensch zu sagen, Herr Kollege Dr. Lünenborg. Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wenn wir heute beschließen, daß fünf Abgeordnete eine Fraktion bilden können, und ein andermal kommen vier Abgeordnete in den Landtag zurück, wie weit sollen wir dann diese Ordnungsversuche noch weiterorganisieren? Bitte, betrachten Sie es doch so, meine Herren vom Zentrum! (D) Wir kennen uns lange genug; das ist nicht gegen Sie persönlich gerichtet.

(Warczak (Z): Aber es ist sehr unfreundlich!)

Herr Kollege Brockmann und alle die Herren Kollegen, die in diesem Raume sitzen, auch Sie, Herr Kollege Warczak, können davon überzeugt sein, daß wir nichts gegen Sie persönlich haben und daß wir Ihre politische Haltung und Gesinnung, die Sie in der Vergangenheit bekundet haben und die mit dem Namen Zentrum auch in durchaus ehrenhafter Weise in verschiedenen Perioden deutschen Schicksals verknüpft sind, achten und ehren. Aber einmal muß ein Schlußpunkt gefunden werden. Das ist unsere Meinung zu diesen Dingen.

Wenn Sie, meine Herren — es tut mir leid, daß gerade ich Ihnen das sagen muß, aber es muß gesagt werden —, in einem solchen politischen Auflösungsprozeß begriffen sind, so kann man das zweifellos bedauern. Im Interesse eines geordneten Funktionierens des Parlaments muß aber einmal mit diesem Opportunismus, der in den letzten Jahren bei Fragen eingerissen ist, die wir Sozialdemokraten vom Standpunkt echter Grundsätzlichkeit aus gesehen haben, Schluß gemacht werden. Und diesem Grundsatz wollen wir dienen, wie wir ihm in der Vergangenheit gedient haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Gockeln: Als nächster hat das Wort Herr Abg. Brockmann.

(A) **Brockmann** (Z): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Je mehr Sie in einem demokratischen Parlament — die Kommunisten stehen außerhalb der Diskussion — dem einzelnen Abgeordneten und Gruppen von Abgeordneten an Freiheit geben, desto weniger „Ordnung" brauchen Sie.

(Sehr richtig! beim Zentrum)

Und nun zum Sachverhalt! Niemals hat ein Mitglied meiner Fraktion oder habe ich zugestimmt, daß wir uns der damals festgelegten Geschäftsordnung, nach der Fraktionen Vereinigungen von mindestens 15 Abgeordneten sind, fügen würden. Herr Kollege Dobbert, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie einem Irrtum zum Opfer gefallen sind. Wenn Sie den Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität prüfen, werden Sie finden, daß sich diese Bemerkung, wir hätten es nicht nötig, uns solchen disziplinarischen Maßnahmen zu unterwerfen, auf den Antrag der FDP bezieht, daß die Fraktionsfähigkeit denjenigen Abgeordneten aberkannt werden solle, die dauernd fehlten. Das war Ihr Antrag, Herr Kollege Steuer, contra Reimann usw. Darauf bezieht sich das, Herr Kollege Dobbert, was Sie mir eben in den Mund gelegt haben.

Weiter darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß wir beantragt haben, die zur Bildung einer Fraktion notwendige Abgeordnetenzahl durch Beschluß des Landtags zu Beginn jeder Legislaturperiode festzulegen.

(Widerspruch bei der SPD)

Das Protokoll weist aus, daß sich die SPD durch ihren Sprecher, den Abgeordneten Meinicke, damit einverstanden erklärt hat.

(B) Sodann ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die bisherige Geschäftsordnung nur für eine Legislaturperiode Geltung hat, daß sich also der neue Landtag auch eine neue Geschäftsordnung geben muß. Dabei müßten wir die Frage erörtern, wie weit wir den Begriff Fraktion ziehen wollen. Das ist der springende Punkt. Nach übereinstimmender Auffassung der Vertreter der Fraktionen ist beschlossen worden, einen gemeinsamen Antrag einzubringen, daß die alte Geschäftsordnung zunächst einmal mit der Maßgabe übernomen wird, daß Ausnahmen bei § 5 Abs. 1 gemacht werden können.

(Heiterkeit bei der SPD)

— Sie mögen dazu lachen oder nicht; das mag Ihnen unangenehm sein.

(Zuruf von der SPD: Man macht es immer so, wie es gebraucht wird!)

— Jeder, der mit den Dingen vertraut ist, wird aber zugeben, daß das stimmt.

Und jetzt kommt das Politikon: Wie ist der vorige Landtag überhaupt in diese Lage gekommen? Durch das unqualifizierbare Verhalten der kommunistischen Abgeordneten des früheren Landtages anläßlich des Besuchs des Herrn Bundespräsidenten in Bochum. Der Vorsitzende der KPD war damals nicht bereit, von diesem das ganze Volk beleidigendem Verhalten abzurücken. Das hat auch meine politischen Freunde bewogen, damals dem Antrag der CDU zuzustimmen.

(Gross (SPD): Herr Brockmann, wir wollen nicht von der Frage ablenken, die hier zur Entscheidung steht!)

Die Fraktion der KPD sollte zum Ausdruck bringen, (C) daß sie von einer solchen Behandlung der Person des Herrn Bundespräsidenten abrückt. Das war die Begründung zu unserer Stellungnahme. Ich bitte daher darum, uns in diesem Zusammenhang nicht mit der KPD — soweit es die Gleichberechtigung betrifft — —

(Widerspruch bei der SPD)

— entschuldigen Sie bitte, ich habe das Recht, meine Meinung auszusprechen.

(Jochem (SPD): Wer hat das bestritten?)

— Wir bitten, einen Unterschied zu machen zwischen denen, die sich des Rechtes begeben haben, eine Fraktion zu sein, und denen, die auf Grund einer echten demokratischen Entscheidung in diesem Haus ihren Platz für sich in Anspruch nehmen.

(Jochem (SPD): Kehren wir doch zur Zahl von 10 Abgeordneten zurück!)

Präsident Gockeln: Als nächster Redner hat Herr Abg. Johnen das Wort.

Johnen (CDU): Meine Damen und Herren! Kurz und klar: In einer Geschäftsordnung stehen keine Grundsätze, sondern sie ist eine Ordnung von reiner Zweckmäßigkeit.

(Zuruf von der SPD)

Die Geschäftsordnung bleibt wie sie war; Ausnahmen beschließt der Landtag. Welche Ausnahmen der Landtag beschließt, wollen wir nachher sehen.

Und nun, meine Damen und Herren von der SPD: (D) Wir können das Zentrum nicht schlechter behandeln, als wenn wir eine Koalition mit Ihnen (zur SPD) gemacht hätten.

(Heiterkeit rechts — Gross (SPD): Der Zynismus, Herr Johnen, charakterisiert Sie! Ein ganz klarer Fall!)

Präsident Gockeln: Wird weiter das Wort gewünscht? — Es ist dann so, daß die eigentliche Vorlage, die vom Landtag beschlossen werden soll, die bisher geltende Geschäftsordnung ist, in die in § 5 Abs. 1 eine Ausnahmegenehmigung eingefügt werden soll. Wir müssen also so verfahren, daß wir zunächst über die Ergänzung, die zu diesem § 5 Abs. 1 gefordert wird, und dann über die Annahme der Geschäftsordnung beschließen.

(Dobbert (SPD): Zur Abstimmung!)

— Herr Kollege Dobbert!

Dobbert (SPD): Meine Damen und Herren! Geschäftsordnungsmäßig ist es vom Blickfeld der SPD-Fraktion nicht anders möglich, als wie folgt abzustimmen — und ich bitte daher, auch so zu verfahren —: Die Geschäftsordnung der zweiten Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 8. Juli 1952 wird in ihrem Wortlaut als Geschäftsordnung für den Landtag der dritten Wahlperiode vorläufig übernommen. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen; dann wäre meine Fraktion in der Lage zuzustimmen. Der Zusatz müßte Gegenstand einer besonderen Abstimmung sein.

(A) **Präsident Gockeln:** Herr Kollege Dobbert, wir haben ja die Praxis. Wenn Sie vorschlagen zu beschließen, die bisherige Geschäftsordnung als neue Geschäftsordnung zu übernehmen, so ist doch die Praxis so, daß Ergänzungen, die zu einer Vorlage gefordert werden, vorher erledigt werden. Vor der Notwendigkeit dieser alten Praxis der Parlamente stehe ich auch hier.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Wir haben in der ersten Sitzung beschlossen, die Geschäftsordnung in Kraft zu lassen. Wir haben sie nicht als Beratungsgegenstand vor uns gehabt, sondern sie übernommen, weil wir eine Geschäftsordnung als Hausregel brauchen.

(Zurufe)

Ich lege Wert darauf, daß wir heute Klarheit schaffen: einmal über den vorliegenden Antrag und zum anderen über den endgültigen Beschluß, daß die Geschäftsordnung gilt. Sonst bringen Sie uns hier oben in formale und andere Schwierigkeiten.

Wir müssen zunächst über die **Ergänzung zu § 5 Abs. 1 der bestehenden Geschäftsordnung**, die Sie in **Drucks. Nr. 1** finden, abstimmen. Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen und bitte um die Gegenprobe. — Ich danke Ihnen. Enthaltungen? — Zwei Enthaltungen! Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag in Drucks. Nr. 1 zu § 5 Abs. 1 **angenommen.** Wir haben nunmehr darüber abzustimmen, ob die **Geschäftsordnung vom 8. Juli 1952 mit der soeben beschlossenen Ergänzung** erneut in Kraft tritt.

(B) Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, das Handzeichen zu geben. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Enthaltungen. — Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Geschäftsordnung vom 8. Juli 1952 mit der eben angenommenen Ergänzung zu § 5 Abs. 1 **in Kraft getreten.**

Sie haben dazu den **Antrag des Herrn Abg. Brockmann**, der auf Grund des § 5 Abs. 1 Satz 2 vorschlägt, **dem Zentrum die Fraktionseigenschaft für die Dauer der Legislaturperiode des Landtags zuzuerkennen.** Der Antrag ist eben eingereicht worden.

(Zurufe: Er liegt ja nicht vor!)

— Das ist kein Antrag, der in die Geschäftsordnung aufgenommen werden müßte. Er soll **lediglich** vom Hause angenommen werden. Wir haben uns darüber im Ältestenrat unterhalten. Man hätte sonst darauf bestehen müssen, daß der Inhalt des Antrags in die Geschäftsordnung aufgenommen wird. Aber der Ältestenrat wollte keine Ausnahme in die Geschäftsordnung aufnehmen, sondern lediglich einen Beschluß des Hauses herbeiführen. Darum gehört dieser Antrag auch nicht zu den Drucksachen, sondern das Haus hat nur eine Feststellung zu treffen. Ist damit der Sachverhalt klar?

(Zustimmung)

Ich verlese den Antrag:

> Den Abgeordneten des Zentrums wird auf Grund des § 5 Abs. 1 Satz 2 die Fraktionseigenschaft für die Dauer der Legislaturperiode des Landtags zuerkannt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Enthaltungen. — Das erste war die **Mehrheit.** Damit ist die Feststellung getroffen, daß dem Zentrum für die Dauer der Legislaturperiode gemäß der Ausnahmebestimmung des § 5 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung die Fraktionseigenschaft zuerkannt wird. (C)

(Zuruf von der SPD: Wie beim Wahlgesetz!)

Wir hatten Ihnen dann einen Vorschlag für die

Bildung des Hauptausschusses

unterbreitet. Ich frage, ob Sie diesen Vorschlag schriftlich in Händen haben.

(Zurufe: Nein, nein!)

— Sie werden den Vorschlag gleich schriftlich vorliegen haben. Ich lese ihn vor. Die Fraktionen haben uns gemäß Absprache im Ältestenrat folgende Mitglieder benannt:

Von der CDU: Die Abg. Johnen, Busen, Dr. Wolf, Lensing, Dr. Toussaint, Dufhues, Luster-Haggeney, Dr. Schmidt und Dr. Six.

Von der SPD: Die Abg. Steinhoff, Dobbert, Groß, Hemsath, Siemsen, Lempken, Burauen und Beilmann.

Von der FDP: Die Abg. Dr. Beine, Dr. Achenbach und Döring.

Vom Zentrum: Abg. Brockmann.

Als Stellvertreter wurden benannt: (D)

Von der CDU: Die Abg. Budke, Ernst, Dr. Flehinghaus, Blank, Dr. Stier, Roesch, Jöstingmeier, Hansen und Dr. Seelbach.

Von der SPD: Die Abg. Schlensker, Sack, Feldmann, Käthe Schaub, van Kessel, Scharley, Wertz und Rosik.

Von der FDP: Die Abg. Steuer, Altenhain und Dr. Kohlhase.

Vom Zentrum: Abg. Tollmann.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Die **Wahl des Hauptausschusses** ist bei einer Stimmenthaltung **erfolgt.**

Ich frage die Mitglieder des Hauptausschusses, ob sie die konstituierende Sitzung sofort im Anschluß an die heutige Sitzung vornehmen wollen. —

(Dobbert (SPD): Es ist besser so!)

Wir haben keine materiellen Erörterungen, sondern nur die Bestimmung des Vorsitzenden und Schriftführers. Das ist schnell zu erledigen.

(Hemsath (SPD): Wir sollten die Sitzung sofort einberufen!)

— Es ist besser, daß Sie sich sofort konstituieren. Falls Vorlagen vom Ministerium anfallen, würde das zweckmäßiger sein. Wollen Sie also im Anschluß an diese Sitzung das in Zimmer 6 festlegen. Es dauert nur einen Augenblick, die Konstituierung durchzuführen.

(Präsident Gockeln)

(A) Sie haben weiter einen Vorschlag für die

Bildung des Ältestenrats.

Hier sind vorgeschlagen als ordentliche Mitglieder von der CDU-Fraktion die Abg. Johnen und Dr. Wolf, von der SPD-Fraktion die Abg. Steinhoff und Siemsen, von der FDP-Fraktion Abg. Dr. Beine, vom Zentrum Abg. Brockmann, als stellvertretende Mitglieder von der CDU-Fraktion die Abg. Lensing und Budke, von der SPD-Fraktion die Abg. Lempken und Dr. Kaßmann, von der FDP-Fraktion Abg. Dörnhaus und vom Zentrum Abg. Tollmann. Zu den genannten 6 Mitgliedern treten die 3 Präsidenten des Hauses, so daß die Zahl 9 für den Ältestenrat gegeben ist.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Vorschlag die Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Dann ist die **Bildung des Ältestenrats** einstimmig **vollzogen.**

Weitere Anträge zur Tagesordnung haben wir nicht vorliegen. Wir haben vorgesehen, vor Mitte September keine Plenarverhandlungen anzusetzen.

In einer **Kommission,** die die Fraktionen zusammenstellen, werden wir das bisherige **Ausschußverzeichnis** auf seine Übernahmebrauchbarkeit, Reduzierung oder Ergänzung **prüfen.**

Sie können also in Ihren Zeitdispositionen damit rechnen, daß wir **vor Mitte September keine Plenarverhandlungen** haben werden.

Um das Wort hat Herr Abg. Peterburs gebeten. Sie haben mir nicht angezeigt, was Sie sagen wollen. (C)

Peterburs (Z): Meine Damen und Herren! Ich wollte nur darauf hinweisen, daß es eine Gepflogenheit des alten Landtages war, die Arbeit der **Grubensicherheitskommission,** deren Mitglieder noch nicht gewählt sind, auch während der Ferien des Landtags nicht ruhen zu lassen. Wir wollen kein Unglück an die Wand malen. Sechs Wochen sind aber ein lange Zeit. Wäre es nicht zweckmäßig, wenn die Grubensicherheitskommission während der Ferien des Landtags verantwortlich in Aktion treten könnte?

(Zuruf: Das kann der Hauptausschuß beschließen!)

Soviel ich weiß, ist nur Abg. Seeger von der CDU von den bisherigen Mitgliedern der Grubensicherheitskommission ausgeschieden.

Präsident Gockeln: Dann machen wir es so, daß unser Büro den Fraktionen mitteilt, wer ausgeschieden ist, und Sie unverzüglich einen Ersatzmann melden, der nach Möglichkeit aus dem Bergbau sein soll. Einverstanden?

Dann kann ich die Sitzung schließen und Sie mit den besten Wünschen für die nächsten freien Wochen entlassen.

Schluß: 13.50 Uhr

Ausgegeben am 21. August 1954

Die Drucksachen des Landtags sind fortlaufend und einzeln durch Hoch-Verlag G. m. b. H., Düsseldorf, Kronprinzenstraße 27/29, Telefon 262 42, zu beziehen